

1
2
3
4
5
6
7
8
9

Leitlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik

10
11
12
13
14
15

Entwurf eines Leitantrages für den ordentlichen Landesparteitag der NRWSPD am 5. April 2008 in Düsseldorf

16
17
18
19
20
21
22
23
24

„Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen.

25
26
27
28
29

Das gilt für die ländlichen Regionen und die großen Städte gleichermaßen. Es ist die überschaubare kommunale und regionale Lebenswelt mit ihrer einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft und Sicherheit im Wandel bietet.

30
31
32
33
34

Darum stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, verbessern ihre Qualität und vergrößern ihre Organisationsfreiheiten. Wir erweitern den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen, und wir übertragen ihnen keine Aufgaben ohne die dafür erforderlichen Mittel.“

35
36
37

Grundsatzprogramm der SPD vom 28. 10. 2007 (Hamburger Programm“ , Auszug).

38	Inhalt	Seite
39		
40	Vor der Kommunalwahl 2009	3
41		
42	I. Unser Grundverständnis	3
43		
44		
45	1. Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik	3
46	2. Kommunalpolitik: lebendige Demokratie	4
47	3. Bürgerfreundliche Kommunalverwaltung	7
48		
49	II. Handlungsfelder sozialdemokratischer Kommunalpolitik	8
50		
51		
52	1. Beste Bildung und Betreuung vor Ort	8
53	2. Die soziale Stadt	12
54	2.1. hat hohe Lebensqualität	12
55	2.2. schafft Sicherheit	13
56	2.3. ist kinder- und familienfreundlich	14
57	2.4. weltoffen und tolerant	15
58	2.5. bietet Wohnraum zum Leben	16
59	2.6. gestaltet den Bevölkerungswandel	16
60	3. Stadt und Land – neue Allianzen für die Zukunft	18
61	4. Gute Lebensbedingungen: dafür sorgen die Gemeinden	21
62	5. Die Finanzkraft der Kommunen stärken!	23
63	6. Gute Arbeit – Wirtschaftspolitik in Kommunen und Regionen	25
64	7. Verbraucherpolitik als kommunale Aufgabe	27
65	8. Mobilität – umweltgerecht und bürgerfreundlich	28
66	9. Global denken, lokal handeln: Umwelt Klima, Energie	30
67	10. Kulturraum Kommune	32
68	11. Sport ist mehr!	34
69		
70	Kommunalpolitik – Gute Tradition und neue Aufgabe	35
71		

72 **Vor der Kommunalwahl 2009**

73

74 Die Bedingungen für die Kommunalwahlen im Jahr 2009 haben sich durch die Ände-
75 rungen des Kommunalwahlrechts der schwarz-gelben Landesregierung gravierend
76 verändert.

77 Letztmalig finden die Ratswahlen und die Wahlen der Oberbürgermeister, Bürger-
78 meister und Landräte gemeinsam statt. Durch den Wegfall der Stichwahlen wird die
79 demokratische Legitimation der Hauptverwaltungsbeamten in vielen Fällen ge-
80 schwächt.

81 Erstmals seit vielen Jahren bestreitet die SPD einen Kommunalwahlkampf als Opposi-
82 tionspartei auf Landesebene.

83 Nordrhein-Westfalen galt jahrzehntelang als besonders kommunalfreundliches Bun-
84 desland.

85 Seit der Zeit der CDU/FDP geführten Landesregierung hat sich das Verhältnis zwi-
86 schen Land und Kommunen grundlegend verschlechtert.

87 Zahlreiche Leistungskürzungen gegenüber den Kommunen, die Verlagerung von zu-
88 sätzlichen Aufgaben auf die Kommunen ohne angemessenen finanziellen Ausgleich,
89 Benachteiligungen durch Veränderungen im kommunalen Finanzausgleich und die
90 Änderungen des Kommunalverfassungsrechtes belasten die Kommunalpolitik.

91 Die Folgen haben die Bürgerinnen und Bürger zu tragen.

92 Die Herausforderungen an die Kommunalpolitik sind auch in der Zukunft groß: Ange-
93 fangen von den Auswirkungen der Globalisierung auf der kommunalen Ebene über
94 den demografischen Wandel der Bevölkerungsstruktur bis zu den ökologischen Her-
95 ausforderungen infolge heraufziehender Energiekrisen und des Klimawandels stellen
96 viele Entwicklungen die Kommunen vor neue Aufgaben. Überdies wird die kommunale
97 Selbstverwaltung durch zahlreiche überörtliche Entscheidungen beeinflusst. Darauf
98 reagieren wir nicht pessimistisch, sondern mit dem politischen Willen zur Gestaltung –
99 insbesondere auf der kommunalen Ebene.

100 Wir Sozialdemokraten wollen gute Lebensbedingungen für die Menschen in unseren
101 Städten und Gemeinden schaffen. Wir wollen den Menschen eine hohe Lebensqualität
102 in unseren Kommunen bieten.

103

104

105 **I. Unser Grundverständnis**

106

107 **1. Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik**

108

109 Die SPD ist die Kommunalpartei in Nordrhein-Westfalen.

110 Unsere Kommunalpolitik ist an unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Soli-
111 darität orientiert. Deshalb sind soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration,
112 Toleranz und Demokratie unverzichtbare Bestandteile sozialdemokratischer Politik vor
113 Ort.

114 Sie respektiert die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen und leistet ihren Beitrag zum
115 Gelingen einer menschenfreundlichen Kommune. Wir betrachten das Subsidiaritäts-
116 prinzip als ein zentrales Kriterium kommunaler Sozialpolitik.

117 Die NRW-SPD steht für demokratische, soziale, integrative und damit zukunftsorien-
118 tierte Kommunalpolitik in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Nachhaltige Kommu-
119 nalpolitik orientiert sich am Gleichklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Da-
120 durch schaffen wir die Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität der Menschen in
121 unseren Kommunen.

122 Für die SPD ist die Kommunalpolitik Teil der Gesellschaftspolitik und muss deshalb
123 einer Gesamtkonzeption folgen, die mit den Handlungsebenen der Europa-, Bundes-
124 und Landespolitik abgestimmt ist.

125 Für die SPD steht die Kommunalpolitik gleichberechtigt neben den anderen politischen
126 Ebenen. In diesem umfassenden Verständnis von Kommunalpolitik unterscheiden wir
127 uns von den Konservativen.

128

129 **2. Kommunalpolitik: lebendige Demokratie**

130

131 Die Kommunen sind die Erfahrungsebene der Bürgerinnen und Bürger, auf der die
132 Auswirkungen vieler gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen
133 konkret und fassbar werden.

134 In immer komplexeren Zusammenhängen von Globalisierung und einem zusammen-
135 wachsenden Europa ist es vor allem die kommunale und regionale Lebenswelt mit
136 ihrer einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft, Überschaubarkeit
137 und Sicherheit im Wandel bietet.

138 Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist gelebte Demokratie. Demokratie lebt von der
139 Mitwirkung und der Beteiligung aller Einwohner. Ihr Engagement ist notwendig und
140 erwünscht.

141 Sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und –politiker setzen dafür ein, dass das
142 repräsentative System wieder in den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Prozesse
143 und in das tägliche Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger tritt.

144 Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte bei der Novellierung der Gemeindeordnung
145 nicht die Kraft, eine wirksame Sperrklausel für den Einzug in den Stadt- bzw. Gemein-
146 derat und Kreistag einzuführen. Wir wollen arbeitsfähige Räte und Kreistage, wir wol-
147 len keine Extremisten in den kommunalen Vertretungen.

148 Wir fordern weiterhin die Einführung einer wirksamen Sperrklausel und werden diese
149 nach der nächsten Landtagswahl einführen.

150 Kommunale Selbstverwaltung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Rat (Kreistag), Ver-
151 waltung und Bürgerschaft. Die Verantwortung für das Gemeinwohl bleibt eine zentrale
152 Aufgabe von Politik und Verwaltung.

153 Wir unterstützen Formen direkter Bürgerbeteiligung durch Bürgerbegehren und Bür-
154 gerentscheide. Sie sind eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie.

155 Deshalb begrüßen wir auch die Sperrwirkung zulässiger Bürgerbegehren. Sie führt
156 dazu, dass nicht noch vor der Durchführung eines Bürgerentscheides vollendete Tat-
157 sachen in einer Angelegenheit geschaffen werden, über die die Bürgerschaft entschei-
158 den soll.

159 Lokale Demokratie erschöpft sich nicht in formalen Beteiligungsrechten, sondern ver-
160 langt eine Kommunikationskultur der verschiedenen Akteure. Sozialdemokratische
161 Kommunalpolitik vermittelt zwischen den verschiedenen einzelnen Interessen und Be-
162 völkerungsgruppen und führt die gesellschaftlichen Kräfte zusammen, um Zukunftsfra-
163 gen gemeinsam vor Ort zu lösen.

164 Sozialdemokratische Politik fußt auf der grundgesetzlich normierten Gleichstellung von
165 Mann und Frau. Sie ist in der Bundesrepublik noch immer nicht hergestellt und auch
166 deshalb weiterhin ein Aufgabenfeld der Kommunalpolitik. Angefangen von der geringen
167 Erwerbsquote über die Defizite bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der
168 ungleichen Einkommensverteilung bis zu Fragen der Gewaltprävention erfordert Kom-
169 munalpolitik immer auch noch den besonderen Blick und Maßnahmen zur Förderung
170 der Gleichstellung.

- 171 Bürgerschaftliches Engagement muss gefördert und zum Bestandteil der Kommunal-
172 politik werden. Die Gesellschaft ist auf die Eigeninitiative der Betroffenen genauso wie
173 auf das vielfältige private Engagement in der Bevölkerung angewiesen. Bürgerschaftli-
174 ches Engagement mit seinen unterschiedlichen Formen war und ist innovativer Impuls
175 und sozialpolitische Schubkraft für die soziale Arbeit, die gesellschaftliche Entwicklung
176 und damit auch für die freie Wohlfahrtspflege.
- 177 Bürgerschaftliches Engagement hat als Beitrag zur Hilfeeoptimierung zugleich auch
178 eine wirtschaftliche Bedeutung. Es ist jedoch kein „Sparmodell“ als Ersatz für notwen-
179 dige hauptamtliche bezahlte Arbeit. Bürgerschaftliches Engagement ersetzt nicht not-
180 wendige staatliche Rahmenbedingungen für Eigenhilfe und Selbsthilfe sowie Angebote
181 ergänzender oder ersetzender Hilfen durch hauptamtliche Dienste.
- 182 Neben dem besonders wichtigen ehrenamtlichen Engagement in Vereinen, Kirchen,
183 Verbänden und Organisationen wächst die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engage-
184 ment auch außerhalb gebundener Organisationsformen.
- 185 Die Förderung von Netzwerken ehrenamtlicher Arbeit, ihre gesellschaftliche Aner-
186 kennung, die Gründung entsprechender Initiativen („Ehrenamtsfonds“), Agenturen oder
187 Hilfen für Bürgerstiftungen machen wir uns zu eigen und werden uns für deren mate-
188 rielle Unterstützung einsetzen.
- 189 Wir Sozialdemokraten treten dabei für die Interessen derjenigen, die sich in der mo-
190 dernen Zivilgesellschaft nur unzureichend artikulieren können, besonders ein. Diese
191 Unterstützung kann durch Bürgerbüros und einen guten Bürgerservice erfolgen. Die
192 SPD sollte in den Kommunen auch als „Kümmerer“ der konkreten Anliegen der Bürge-
193 rinnen und Bürger erfahrbar werden.
- 194 Die politische Kultur in einer Kommune ist Ausdruck der Zufriedenheit, Zustimmung
195 und Auseinandersetzung mit der lokalen Demokratie als Teil der repräsentativen De-
196 mokratie der Bundesrepublik Deutschland. Die Parteien, aber auch andere gesell-
197 schaftliche Akteure sind gefordert, die Menschen für die Demokratie zu gewinnen.
- 198 Bei dieser Aufgabe müssen auch die Schulen und Weiterbildungsträger eine aktive
199 Rolle einnehmen. Kenntnisse und Wissen um die Bedeutung der kommunalen Selbst-
200 verwaltung sowie kommunalpolitischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse
201 müssen verbessert werden.
- 202 Wir sind davon überzeugt, dass auch auf der lokalen Ebene Parteien als wesentliche
203 Träger der politischen Willensbildung unverzichtbar sind.
- 204 In den Kreistagen und Räten wollen wir alle Formen der Bürgermitwirkung an der Ent-
205 scheidungsfindung nutzen. Dazu sollen auch das Internet, Formen des e-government
206 an der Schnittstelle von Bürgern und Verwaltung und die Beteiligung an Entschei-
207 dungsprozessen durch Information und Beratung (z. B. im Rahmen von Ratsinformati-
208 onssystemen) offensiv eingesetzt werden. Wir wollen den Dialog mit den Bürgerinnen
209 und Bürgern und das Gespräch zwischen den Generationen.
- 210 Die SPD orientiert ihre Partei- und Fraktionsarbeit vor Ort an den sich wandelnden Be-
211 dürfnissen der Bevölkerung. Sie wird sich und die Institutionen des repräsentativen
212 Systems auf kommunaler Ebene für interessierte Bürgerinnen und Bürger öffnen. Dazu
213 werden die Partei und Fraktionen vor Ort in einen neuen Dialog mit der Bevölkerung
214 treten, ihr Handeln und Entscheiden offen legen und neue Formen der Mitwirkung für
215 interessierte und kompetente Bürgerinnen und Bürger in der Kommunalpolitik weiter
216 ausbauen.
- 217 Dazu gehört, dass das kommunale Ehrenamt für die Bevölkerung wieder attraktiver
218 wird. Wer sich für die ehrenamtliche Kommunalpolitik engagiert muss die dafür not-
219 wendige berufliche Freistellung auch bei flexibilisierten Arbeitszeiten erhalten.
- 220 Den ehrenamtlichen Ratsmitgliedern muss durch Informationen und Weiterbildung eine
221 bessere Aufgabenerfüllung ermöglicht werden.

222 Sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und –politiker setzen sich dafür ein, aus-
223 ländische Bevölkerungsgruppen, Aussiedler und Eingebürgerte in die bestehenden
224 repräsentativen Strukturen einzubinden und zu integrieren und ihnen damit die Mög-
225 lichkeit zu bieten, sich politisch zu betätigen.

226 Deshalb sprechen wir uns auch für die Einführung eines allgemeinen Ausländer-
227 wahlrechtes auf der kommunalen Ebene aus. Heute fördern wir die Einrichtung und
228 Arbeit von Integrationsräten in den Kommunen. Das Ergebnis ihrer Beratungen muss
229 durch Rat und Verwaltung respektiert und in konkrete politische Entscheidungen um-
230 gesetzt werden.

231 Wir werden bei der Aufstellung der Listen für die kommunalen Vertretungen darauf
232 achten, dass möglichst alle Bevölkerungsgruppen der jeweiligen Kommune ange-
233 messen vertreten sind. Der Anspruch der SPD als Volkspartei bemisst sich auch dar-
234 an, dass mehr Jüngere in den sozialdemokratischen Fraktionen mitarbeiten und ihre
235 Zusammensetzungen den Bevölkerungsstrukturen entsprechen.

236 Mit der Reform der Gemeindeordnung hat die schwarz-gelbe Landesregierung der
237 Anerkennung der Kommunalpolitik geschadet. Die Trennung von Wahlzeiten der
238 Hauptverwaltungsbeamten und der Räte und Kreistage erschwert die Zuordnung
239 kommunalpolitischer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger und schadet der
240 Verantwortungsgemeinschaft von Rat/Kreistag und Ober-/ Bürgermeister/Landrat. Das
241 ehrenamtliche Ratsmandat (Kreistags-) wird entwertet. Die Vermehrung von Wahlter-
242 minen schadet der kommunalen Demokratie.

243 Die SPD wird dafür sorgen, dass die Trennung der Wahlperioden wieder aufgeho-
244 ben wird.

245

246 *Dafür steht die SPD in NRW*

247

- 248 ➤ **Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken. Sie ist die Basis für**
249 **eine gelingende, gute Kommunalpolitik.**
- 250 ➤ **Gute Kommunalpolitik braucht Teilnahme und Teilhabe aller Einwohner einer**
251 **Gemeinde auf der Grundlage der repräsentativen Demokratie. Wir wollen die**
252 **Beteiligungsrechte stärken, mehr Gelegenheiten zur Beteiligung schaffen,**
253 **das Wissen über die Kommunalpolitik verbreitern und eine gute Kommunika-**
254 **tionskultur fördern.**
- 255 ➤ **Kommunale Demokratie braucht Partei. Deshalb werben wir für die Unter-**
256 **stützung und Mitwirkung in einer starken SPD in den Kommunen.**
- 257 ➤ **Wir wollen auf der kommunalen Ebene die Zivilgesellschaft fördern und un-**
258 **terstützen. Wir ermutigen zu ehrenamtlichem Engagement durch materielle**
259 **Förderung und gesellschaftliche Anerkennung. Wir wissen um den großen**
260 **Einsatz vieler ehrenamtlich getragener Vereine und Verbänden und ihre sozi-**
261 **ale, kulturelle und gesellschaftliche Arbeit, die wir auch weiter unterstützen.**
262 **„Ehrenamtsfonds“, lokale und regionale „Akademien zur Förderung des Eh-**
263 **renamtes“, Bürgerstiftungen, Netzwerke und Weiterbildungsangebote sollen**
264 **Menschen zu ehrenamtlichem Engagement ermuntern.**
- 265 ➤ **Wir setzen uns für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer ein. Heute för-**
266 **dern wir die Einrichtung und Arbeit von Integrationsräten in den Kommunen**
267 **und binden ihre Anregungen in den politischen Meinungsbildungsprozess**
268 **ein.**
- 269 ➤ **Wir werden die Gemeindeordnung (Kreisordnung) weiterentwickeln und auch**
270 **dafür sorgen, dass die Trennung der Wahlperioden von Hauptverwaltungs-**
271 **beamten und Räten wieder aufgehoben wird.**
- 272 ➤ **Wir werden eine wirksame Sperrklausel einführen.**

273 **3. Bürgerfreundliche und effiziente Kommunalverwaltung**

274

275 Sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und -politiker gehören zu den Vorreitern
276 moderner Verwaltung. Sie ist aber kein Selbstzweck.

277 Neue Steuerungselemente, die Einführung betriebswirtschaftlicher Instrumente, die
278 Nutzung moderner Kommunikationstechniken sollen dazu dienen, das die Kommunal-
279 verwaltung ihre Aufgaben bürgernah, dienstleistungsorientiert, aufgabengerecht und
280 kosteneffizient wahrnimmt und für Zukunftsaufgaben gut aufgestellt ist.

281 Die Modernisierung der Kommunalverwaltung ist eine ständige Aufgabe, weil sich die
282 Verwaltung immer wieder neuen Aufgaben stellen muss, bisherige Aufgaben in Frage
283 gestellt werden und neue Methoden der Aufgabenerledigung entstehen.

284 Viele Aufgaben werden die Kommunen in der Zukunft besser gemeinsam lösen kön-
285 nen.

286 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat im Zuge ihrer so genannten Verwaltungs-
287 strukturreform die Absicht, den dreigliederigen Verwaltungsaufbau zwischen Land,
288 Bezirksregierungen und Kommunen zu zerschlagen und anstelle der fünf (staatlichen)
289 Regierungspräsidien und der beiden (kommunalen) Landschaftsverbände, drei Misch-
290 verwaltungen auf der mittleren Ebene (sog. Regionalpräsidien) einzurichten.

291 Die SPD lehnt diese Zerschlagung der staatlichen Verwaltung und die Auflösung der
292 Landschaftsverbände ab.

293 Neben den grundsätzlichen staatsrechtlichen Bedenken, wird dieses Modell dem ein-
294 wohnerstärksten Bundesland nicht gerecht. Es geht an den Notwendigkeiten einer
295 leistungsfähigen staatlichen Verwaltung vorbei und verbaut unserem Land zukunfts-
296 sichere Perspektiven. Dieser Weg ist auch für die Kommunen nicht akzeptabel, weil er
297 die kommunale Selbstverwaltung nicht stärkt, sondern schwächt, Zuständigkeiten und
298 Verantwortung verwischt, für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen
299 kaum nachvollziehbar ist und keine Akzeptanz in Nordrhein-Westfalen findet.

300 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat im Zuge ihrer Verwaltungsstrukturreform den
301 Kommunen und Kreisen neue Aufgaben gegeben, ohne die dafür entstehenden Kos-
302 ten zu erstatten. Wir verlangen deshalb vom Land, dass es die Regeln des Konnexi-
303 tätsprinzips, wie es die Landesverfassung vorsieht, beachtet.

304 Gute Kommunalverwaltung braucht engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nur
305 mit ausreichendem Personal in den Verwaltungen kann Kommunalpolitik handeln und
306 die Kommunen gestalten. Ihnen müssen qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung ste-
307 hen. Die Beschäftigten müssen durch gute Weiterbildungsangebote qualifiziert werden.
308 Dabei ist der Qualifizierung von Frauen zur Vorbereitung auf Leitungs- und Führungs-
309 aufgaben besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Dem Leistungsprinzip muss mehr
310 Achtung verschafft werden.

311 Das Entscheidungsrecht von Räten /Kreistagen bei der Besetzung von Führungsauf-
312 gaben muss beachtet werden.

313 Mit der Beseitigung von Mitbestimmungsrechten hat die schwarz-gelbe Landes-
314 regierung der Motivation der Beschäftigten schweren Schaden zugefügt und die Per-
315 sonalpolitik nicht erleichtert.

316 Sozialdemokraten werden die Mitbestimmung der Beschäftigten solange freiwillig auf
317 der Grundlage des alten Landespersonalvertretungsrechtes ermöglichen, bis eine Re-
318 vision des Gesetzes möglich ist.

319

320

321

322 II. Handlungsfelder sozialdemokratischer Kommunalpolitik

323

324 1. Beste Bildung und Betreuung vor Ort

325

326 Von herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemein-
327 den ist der Umgang mit und die Fürsorge für die Kinder und Jugendliche und ihre Fa-
328 milien.

329 Es war richtig, dass die rot-grüne Bundesregierung durch die Gründung von zahl-
330 reichen örtlichen „Bündnissen für Familie“ die Aufmerksamkeit der Kommunalpolitik auf
331 dieses wichtige Handlungsfeld gelenkt hat. Viele gut funktionierende kommunale Netz-
332 werke haben Ideen entwickelt und auf ihre Wirksamkeit in der Praxis hin überprüft, so
333 dass das sprichwörtliche „Rad“ nicht immer wieder neu erfunden werden muss.

334 Wir wollen kinder- und familienfreundliche Städte und Gemeinden mit guten Kinder-
335 gärten und Schulen auch deshalb, weil eine zukunftsorientierte Betreuung und Bildung
336 zur Vermeidung von Armutsrisiken beiträgt.

337 Die Kommunen müssen als bürgernahe Verwaltungsebene in ihrer örtlichen Verant-
338 wortung für Kinderbetreuung, Schulentwicklung, Erwachsenen- und Weiterbildung so-
339 wie der Jugendhilfeplanung deutlich gestärkt werden. Voraussetzung ist eine partner-
340 schaftliche Kooperation mit allen freien und kirchlichen Trägern.

341 Die kommunale Kinder- und Jugendhilfe muss dafür sorgen, dass unterstützende An-
342 gebote auch tatsächlich arme und benachteiligte Kinder und ihre Familien erreichen.

343 Dieser Verantwortung wollen wir mit der Erarbeitung eines kommunalen Leitbildes für
344 Bildung und soziale Förderung gerecht werden. Die zukünftigen Bildungslandschaften
345 sind nur durch eine neue Kooperationskultur erreichbar, an der sich Weiterbildungs-
346 einrichtungen, Kindergärten, Jugendhilfe, Schulen, Betriebe, Kammern, Kirchen, Ge-
347 werkschaften, Arbeitsagenturen, Verbände, Hochschulen u. a. beteiligen.

348 Eltern sollen bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder möglichst früh gefördert
349 werden. Vor allem für junge Eltern ist eine aufsuchende Elternberatung der Familien-
350 und Gesundheitshilfe (wieder) einzurichten. Erziehungsberatung muss bedarfsgerecht
351 und niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden. Angebote der Familienbildung sind
352 neu zu konzipieren. Durch die Zusammenarbeit mit Gynäkologen/Hebammen müssen
353 auch Eltern aus dem Armutsmilieu bereits vor der Geburt ihrer Kinder erreicht und an-
354 schließend in Geburtsvorbereitungskursen und in Still-, Krabbel- und Kleinkinder-
355 gruppen einbezogen werden. Neben Betreuungsangeboten, die den unmittelbaren
356 Kontakt zu den Familien bereits zum Zeitpunkt der Geburt eines Kindes sicherstellen
357 (Hausbesuche, aufsuchende Arbeit), wollen wir möglichst viele Kindertagesstätten zu
358 Eltern-Kind-Zentren ausbauen. In diesen Einrichtungen sollen die Angebote der Kin-
359 der- und Jugendhilfe, der Erziehungsberatung, der Familienhilfe und der Familien-
360 bildung sowie der Gesundheitsvorsorge zusammengeführt und sozialräumlich vernetzt
361 werden.

362 Die gestiegenen Anforderungen an die Elementarbildung erfordern eine Neuaus-
363 richtung des pädagogischen Personals. Dabei soll auch künftig ein Mix unterschied-
364 licher formaler Qualifikationen möglich bleiben. Für die heute in den Einrichtungen
365 rund 75.000 Fachkräfte muss ein qualitativvolles Fort- und Weiterbildungsangebot ge-
366 schaffen werden.

367 Junge Eltern wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren und brauchen Ent-
368 lastung bei der Betreuung ihres Nachwuchses durch qualitativ gut ausgestattete Ein-
369 richtungen mit ausreichenden Öffnungszeiten im Anschluss an die Elternzeit. Kinder-
370 gärten und Kinderkrippen sind wichtige Bestandteile der Bildungskette, die für die Le-
371 bensancen der Kinder und für die Zukunftschancen unserer Gesellschaft ent-

- 372 scheidend sind. Deshalb setzen wir uns für eine baldige Elternbeitragsfreiheit für Ta-
373 geseinrichtungen ein.
- 374 Wir wollen auch eine optimale Betreuung und schnelle Integration behinderter Kinder.
375 Perspektivisch müssen die vorhandenen Sonderkindergärtenplätze soweit wie möglich
376 abgebaut werden. E soll eine aktive Integration der behinderten Kinder z.B. in inte-
377 grativen Gruppen von Kindertagesstätten erfolgen.
- 378 Die Entwicklungsprozesse von Kindern verlaufen sehr unterschiedlich. Für alle Kinder
379 ist eine verlässliche und ganzheitlich ausgerichtete Gesundheitsförderung und Ge-
380 sundheitsversorgung sicherzustellen. Um jedem Kind einen guten Start in das Schul-
381 leben zu ermöglichen, muss die Zusammenarbeit und Verknüpfung zwischen Kinder-
382 tageseinrichtungen und Grundschulen ausgebaut werden.
- 383 Um den grundrechtlich fundierten Ansprüchen auf Gleichstellung und Teilhabe zu ent-
384 sprechen, muss „Barrierefreiheit“ ein durchgehendes Element auch des Erziehungs-
385 und Bildungswesens werden. Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Regeleinrichtungen
386 des Bildungswesens für Kinder und Jugendliche muss ein festes Kriterium beim Bau
387 und Umbau von Einrichtungen sein.
- 388 Den Kommunen kommt als Schulträger und Träger von Kindertageseinrichtungen da-
389 bei eine wichtige Vorbildfunktion zu. Sie sind aber auch gefordert, die Kooperation der
390 freien und kirchlichen Träger von Einrichtungen mit den Schulen zu unterstützen und
391 sicherzustellen.
- 392 Wir setzen uns für den Erhalt ortsnaher Grundschulen auch bei rückläufigen Schüler-
393 zahlen ein. Hier muss das Land Freiräume für Kooperationen im Rahmen der kommu-
394 nalen Schulentwicklungsplanung schaffen.
- 395 Wir wollen alle Grundschulen zu offenen Ganztagsgrundschulen und zu Häusern des
396 Lernens mit einer anregenden Lernatmosphäre, Raum und Zeit für Bewegung und
397 einer gesunden Ernährung beim gemeinsamen Mittagessen weiterentwickeln. Wir wol-
398 len, dass kein Kind in den Bildungseinrichtungen aus finanziellen Gründen vom ge-
399 meinsamen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten ausgeschlossen wird.
- 400 Wir wollen die wohnortnahe Vielfalt schulischer Abschlüsse auch bei rückläufigen
401 Schülerzahlen sichern und setzen auf längere gemeinsame Lernzeiten.
- 402 Die SPD will schrittweise die Gemeinschaftsschule einführen. Sie steht für eine neue
403 Lernkultur, für längeres gemeinsames Lernen, guten Unterricht und bessere Chancen
404 aller Schülerinnen und Schüler.
- 405 Das von der Wissenschaft, von der Wirtschaft, den Gewerkschaften und nicht zuletzt
406 von vielen Menschen unterstützte Modell der NRWSPD zur Gemeinschaftsschule si-
407 chert sowohl ein vielfältiges Sekundarschulangebot in kleineren Städten und Gemein-
408 den als auch die Überwindung einer frühen Selektion von Schülerinnen und Schülern.
409 Das Land muss den Kommunen hier einen deutlich größeren Gestaltungsspielraum
410 eröffnen, um den spezifischen Anforderungen für die beste Bildung in jeder Kommune
411 gerecht werden zu können.
- 412 Auch bei den weiterführenden Schulen wollen wir die positiven Erfahrungen aus der
413 Arbeit mit den Partnern aus Jugendhilfe, Kultur und Sport im Rahmen der Offenen
414 Ganztagschulen nutzen und das Zusammenspiel der Fachkräfte aus diesen Berei-
415 chen mit den Lehrkräften auf gleicher Augenhöhe für Ganztagsangebote nutzen. Das
416 so entstehende gegenseitige Verständnis und die Kontakte sind hilfreich für die indivi-
417 duelle Begleitung der Kinder und Jugendlichen, insbesondere in den kritischen Phasen
418 des Übergangs zwischen den Bildungssystemen oder zwischen Schule und Beruf. Hier
419 kann effektive und engmaschige Begleitung und Unterstützung auf kommunaler Ebene
420 organisiert werden, für die aber eine finanzielle Unterstützung durch das Land unab-
421 dingbar ist.

422 Im Rahmen der kommunalen Bildungsplanung wollen wir die Kooperation der Weiter-
423 bildungseinrichtungen mit den Schulen stärken. Dabei denken wir an Angebote zur
424 kommunalen Lehrerfortbildung und zum Erwerb von anerkannten Zertifikaten (z.B.
425 Fremdsprachen und IuK-Techniken) für Schülerinnen und Schüler.

426 Volkshochschulen und Berufskollegs, die wir zu beruflichen Kompetenzzentren um-
427 bauen wollen, stellen ein kommunal abgestimmtes Angebot zur beruflichen Weiterbil-
428 dung bereit. Unsere Volkshochschulen mit ihrer kommunalen Verankerung und ihren
429 langjährigen Kooperationen sollen ihre Erfahrungen als Moderatoren und Koordinato-
430 ren im gesamten Bildungsbereich einbringen. Die Volkshochschulen haben nicht nur
431 einen Auftrag im Spektrum der beruflichen Weiterbildung, sondern sollen auch die
432 Grundversorgung mit Angeboten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung
433 sichern. Deshalb müssen wir in den Kommunen den Stellenwert der Weiterbildung
434 erhöhen und die materielle und personelle Ausstattung sichern.

435 Durch die Kürzungen der Weiterbildungsförderung durch die schwarz-gelbe Landesre-
436 gierung wird diese wichtige kommunale Aufgabe zur Zukunftssicherung unserer Ge-
437 sellschaft weiter erschwert.

438

439 *Dafür steht die SPD in NRW*

440

441 ➤ **Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Wir wollen, dass für den Be-**
442 **such von Kindertageseinrichtungen künftig keine Elternbeiträge erhoben**
443 **werden.**

444 ➤ **Wir helfen den Kindertageseinrichtungen beim Ausbau ihrer Qualitäten in**
445 **Bezug auf die Sprach- und Gesundheitsförderung.**

446 ➤ **Die gestiegenen Anforderungen an die Elementarbildung erfordern eine Neu-**
447 **ausrichtung des pädagogischen Personals. Für die heute in den Einrich-**
448 **tungen arbeitenden rund 75.000 Fachkräfte muss ein qualitätsvolles Fort-**
449 **und Weiterbildungsangebot geschaffen werden.**

450 ➤ **Wir setzen uns für den schnellen und bedarfsgerechten Ausbau von Betreu-**
451 **ungsplätzen für Kinder im Alter von unter drei Jahren ein.**

452 ➤ **Wir wollen die Integration behinderter Kinder an Kindertageseinrichtungen**
453 **bei gleichzeitigem Abbau von Sonderkindergärtenplätzen, soweit dies mög-**
454 **lich ist.**

455 ➤ **Bildungseinrichtungen sollen barrierefrei den Zugang und die Nutzbarkeit für**
456 **Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ermöglichen.**

457 ➤ **Die Schule der Zukunft ist die Gemeinschaftsschule.**

458 ➤ **Wir setzen uns für ein ortnahe Schulanangebot ein.**

459 ➤ **Sprachförderung muss frühzeitig und gezielt beginnen.**

460 ➤ **Die Bildungseinrichtungen müssen ein Höchstmaß an Selbständigkeit erhal-**
461 **ten.**

462 ➤ **Jedes Kind muss nach seiner Geburt im häuslichen Umfeld aufgesucht wer-**
463 **den. Damit signalisiert die Kommune, dass sie die Eltern in ihrer Erziehungs-**
464 **verantwortung von Beginn an nicht alleine lässt.**

465 ➤ **Es ist eine fundierte Sozialplanung (Jugendhilfeplanung, Gesundheits-**
466 **berichterstattung, Schul- und Kindergartenentwicklungsplanung usw.) in je-**
467 **der Kommune notwendig, die passgenaue Angebote ermöglicht.**

468 ➤ **Jedes Kind soll ein warmes und qualitativ hochwertiges Essen am Tag er-**
469 **halten. Hierzu müssen die Kommunen im Rahmen der Ganztagsbetreuung**

- 470 **die Voraussetzungen schaffen und vom Land unterstützt werden. Kein Kind**
471 **soll aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen ausgeschlos-**
472 **sen werden.**
- 473 ➤ **Kinder- und Jugendeinrichtungen und die Schulen in sozial belasteten Stadt-**
474 **teilen müssen besonders gefördert werden. Dies gilt sowohl für die Sach- als**
475 **auch für die Personalausstattung.**
- 476 ➤ **Viele Schulen müssen modernisiert werden. Wir wollen, dass alle Schulen**
477 **zur Optimierung ihrer Energieeffizienz, Aufenthaltsqualität für den Ganztags-**
478 **betrieb und Technikausstattung auf den modernsten Stand gebracht werden.**
479 **Wir fordern dafür ein gemeinsames Investitionsprogramm von Bund, Län-**
480 **dern und Gemeinden. Dabei sind Kooperationen im Rahmen öffentlich-**
481 **privater Partnerschaften einzubeziehen.**
- 482 ➤ **Wir wollen eine qualitativ hochwertige Ausbildung behinderter Kinder an den**
483 **überregionalen Förderschulen der Landschaftsverbände sichern, mittelfristig**
484 **jedoch, dass die Integration behinderter Kinder an Regelschulen überregio-**
485 **nal organisiert erreicht wird.**
- 486 ➤ **Wir wollen die kommunalen Bildungsausgaben nicht an die rückläufigen**
487 **Schülerzahlen anpassen und stellen somit künftig mehr Geld für jeden Schü-**
488 **ler und jede Schülerin zur Verfügung.**
- 489 ➤ **Bund und Land sind in der Pflicht, die Kommunen so zu unterstützen, dass**
490 **sie ihrem öffentlichen Bildungsauftrag entsprechen können.**
- 491

492 **2. Die soziale Stadt**

493

494 „Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt schon heute in städtischen Ballungsräumen.
495 Die Zukunft der Städte entscheidet über die Zukunft der Gesellschaft. Das Zusammen-
496 leben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung
497 zu gestalten, ist die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik. Leitbild unserer Politik ist die
498 solidarische Stadt, die alle Bewohnerinnen und Bewohner zu gestaltender Teilhabe am
499 gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben einlädt.

500

501 Die Bewahrung und Stärkung bewohnter Innenstädte gelingt nur, wenn es dort auch
502 genügend bezahlbaren Wohnraum gibt. Wohnraum darf nicht zum Spekulationsobjekt
503 werden. Sowohl ältere Menschen als auch Familien mit Kindern in der Innenstadt zu
504 halten, ist Voraussetzung für eine lebendige Stadt.

505 Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den sozialen Zusammenhalt in den Städten und
506 Quartieren zu verbessern. Wir wollen barrierefreie und generationsübergreifende
507 Wohnformen fördern. Damit auch die älter werdende Stadt lebensfähig ist, wollen wir
508 die Potentiale des aktiven Alters heben und bürgerschaftliches Engagement gerade der
509 älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger fördern. Abwertungs- und Ausgrenzungsprozes-
510 se in benachteiligten Stadtquartieren müssen verhindert werden. Für mehr Arbeitsplät-
511 ze, die Verstärkung von Integration und Teilhabe und die Verbesserung des Zugangs zu
512 Bildung und Qualifikation sind übergreifende Konzepte und gemeinsames Handeln
513 gefragt.

514 Die „soziale Stadt“ ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.“

515

516 **Grundsatzprogramm der SPD vom 28. 10. 2007 (Hamburger Programm“ , Auszug)**

517

518

519

520

2.1hat hohe Lebensqualität

521

522 Nordrhein-Westfalen ist stärker als alle anderen Flächenländer der Bundesrepublik ein
523 Land der Städte. Der weitaus größte Teil der Menschen lebt in tragfähigen städtischen
524 Strukturen.

525 Wir wollen die soziale Stadt, in der sich die Menschen wohl fühlen, mit der sie sich
526 gerne identifizieren und in der die Menschen sich umeinander kümmern und fürein-
527 ander einsehen.

528 Wir wollen Städte und Gemeinden mit hoher Lebensqualität, mit denen sich die Men-
529 schen identifizieren können, die sie als ihre Heimat wahrnehmen und die sie gestalten
530 wollen.

531 Wir wollen lebendige Städte und Gemeinden, die den Menschen Chancen bieten, ihre
532 Talente zur Geltung zu bringen, ihrem Beruf nachzugehen, gut zu wohnen, ihre Frei-
533 heit zu nutzen und sich selbst verwirklichen zu können.

534 Jenseits des materiellen und kulturellen Reichtums der Städte, ihrer Vielfalt und Attrak-
535 tivität sind sie auch Kristallisationskerne gesellschaftlicher Veränderungen und Prob-
536 leme. Wir wollen uns mit sozialen Brennpunkten, Armut und Obdachlosigkeit nicht ab-
537 finden; sie stehen in krassem Gegensatz zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes.

538 Der vorsorgende Sozialstaat beginnt in den Kommunen. Er setzt an den Ursachen der
539 Unterstützungsbedürftigkeit an und zielt darauf ab, Leistungsempfänger von den em-
540 pfangenen Leistungen unabhängig zu machen.

541 Alle kommunalpolitischen Instrumente und Möglichkeiten müssen dazu genutzt wer-
542 den, vorausschauend Fehlentwicklungen zu erkennen und nachhaltig wirksam für so-
543 ziale Gerechtigkeit und Integration aller Bevölkerungsgruppen zu sorgen.

544 Der erste Ansatz unserer Problemlösungen setzt an den Ursachen an:

545 ➤ Vorbeugen ist besser als spätes Heilen.

546 Der zweite Ansatz orientiert sich am Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe:

547 ➤ Fördern und Fordern.

548 Gleichmaßen muss aber auch konkrete Hilfen geleistet werden:

549 ➤ Fehlentwicklungen müssen behoben werden.

550 Sozialdemokratische Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, dass soziale Dienste nicht
551 erst aktiv werden, wenn die Menschen zu "Fällen" geworden sind und als Anspruchs-
552 berechtigte Dienstleistungen nach den Sozialgesetzen erhalten.

553 Wir wollen eine querschnittsorientierte Kommunalpolitik, die das reine Ressortdenken
554 überwindet. Stadtentwicklung und Planungsrecht, Wirtschaftsförderung und Arbeits-
555 marktpolitik, Jugendhilfe und kommunale Bildungs- und Familienpolitik müssen durch
556 Vernetzung und Kooperation zunächst den gesamtstädtischen Zielen verpflichtet sein.

557 Ähnliches gilt für die Zusammenführung und Moderation unterschiedlicher öffentlicher,
558 kirchlicher und freier Träger und Einrichtungen untereinander, mit Formen der Nach-
559 barschaftshilfe und ehrenamtlichen Tätigen.

560 Vorsorgende kommunale Sozialpolitik umfasst viele Teilbereiche der Kommunalpolitik,
561 auf der Grundlage einer systematischen Sozialplanung sollte sie sich vor allem an So-
562 zialräumen orientieren.

563 Sozialdemokratische Sozialpolitik setzt sich vor Ort für die Stärkung des sozialen Zu-
564 sammenhalts in der Gesellschaft ein. Sie versteht sich aber nicht nur als Hilfe für Men-
565 schen in besonderen materiellen Notlagen.

566 Wir wenden uns gegen die soziale Abgrenzung der gesellschaftlichen Gruppen von-
567 einander und wollen den Zusammenhalt durch gegenseitiges Lernen und Verstehen
568 stärken.

569

570 **2. 2 ...schafft Sicherheit**

571

572 In unseren Städten schafft die große Zahl von Menschen in den freiwilligen und Be-
573 rufsfeuerwehren Sicherheit für die Menschen. Ein gut funktionierendes Rettungswesen
574 ist für uns unverzichtbar. Die Polizistinnen und Polizisten in den Städten und Gemein-
575 den tragen maßgeblich zu mehr Sicherheit in unseren Kommunen bei.

576 Die von den Sozialdemokraten begonnenen Ordnungspartnerschaften sind ein Instru-
577 ment zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in der Öffentlichkeit, die wir fortsetzen
578 und ausbauen wollen. Innere Sicherheit ist aber nicht allein durch Überwachung und
579 Sicherheitskräfte zu gewährleisten.

580 Die Gestaltung des öffentlichen Raumes, ein gute soziale Infrastruktur, die Förderung
581 einer „Kultur des Hinschauens“, Sozialarbeit, Bildung und die Integration von Minder-
582 heiten in die Gesellschaft, sind die besten Bedingungen zur Verhinderung von Aggres-
583 sion und Gewaltdelikten.

584 Wenn Städte und Gemeinden Sicherheit bieten sollen, fordern wir hierzu auch soziale
585 Verantwortung ein und treten jenen entgegen, die meinen, sie könnten ihre Freiheit auf
586 Kosten der Freiheit anderer ausleben.

587 Wir wenden uns entschieden gegen alle Formen von Ausländerfeindlichkeit und treten
588 dem Rechtsradikalismus offensiv entgegen.

589 Einer der zentralen Ansatzpunkte sozialer Stabilität in den Städten und Gemeinden
590 besteht in der Schaffung bester Bildungseinrichtungen, angefangen von der früh-
591 zeitigen Betreuung von Kindern über eine gute Schulausbildung bis zum ersten be-
592 rufsqualifizierenden Abschluss (s. Kapitel II.1).

593 Ebenso wichtig sind die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Schaffung eines aus-
594 reichenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes für Männer und Frauen. Auch der
595 soziale Arbeitsmarkt (Job Perspektive) kann neue Chancen durch öffentlich geförderte
596 Beschäftigung bieten. (s. Kap. II.6).

597 Darüber hinaus muss die kommunale Sozialpolitik den Zusammenhang mit anderen
598 Handlungsfeldern herstellen und offensiv gestalten:

599 Wir wollen, dass Armutsbekämpfung ein integraler Bestandteil kommunaler Sozialpoli-
600 tik wird.

601 Städte und Stadtteile nicht nur zu stabilisieren, sondern zu revitalisieren, ist hierbei
602 unser Ziel. Wir stützen uns auf die Erfahrungen der Programme für Stadtteile mit be-
603 sonderem Erneuerungsbedarf. Stadtteilentwicklung muss als kommunalpolitische
604 Querschnittsaufgabe begriffen und mit den unterschiedlichen Akteuren vor Ort vernetzt
605 werden (Verbände, Vereine, Interessengemeinschaften etc.).

606 Die NRW SPD hat mit ihren Konzept zum „Leitbild soziale Stadt“ die damit verbunden
607 Herausforderungen und Lösungswege beschrieben.

608

609 **2.3 ...ist kinder- und familienfreundlich**

610
611 Sosehr wir eine kinderfreundliche Gesellschaft und die Wünsche von Eltern, Kinder zu
612 bekommen durch gute soziale Infrastrukturangebote in den Kommunen unterstützen
613 wollen, dürfen wir die Augen vor Fehlentwicklungen nicht verschließen:

614 Familien mit Kindern sind in größerem Umfang Armutsrisiken ausgesetzt. Der Ausfall
615 oder die Minderung des Erwerbseinkommens eines Elternteiles führen schnell an die
616 Armutsgrenze. Kinder sind aber auch selbst arm, weil Eltern ihnen manchmal die not-
617 wendigen Mittel der Erziehung nicht bieten.

618 Über 800.00 Kinder in NRW – fast 25 Prozent aller Kinder – gelten nach dem Sozial-
619 bericht des Landes NRW mittlerweile als arm. Wir setzen uns deshalb für Konzepte zur
620 Bekämpfung der Kinderarmut ein, wie es sie beispielhaft in vielen Kommunen bereits
621 gibt. Passgenaue Hilfen für Eltern, Hausbesuche durch Jugendamt und Schule, die
622 Vernetzung zwischen Gesundheitswesen, Sozialämtern, Familiengerichten und Polizei
623 muss so organisiert werden, dass ein guter Informationsaustausch gewährleistet,
624 Hilfsprogramme synchronisiert und erforderlichenfalls präventiv gehandelt werden
625 kann.

626 Dazu müssen Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie die Schulen in sozial belasteten
627 Stadtteilen besonders gefördert werden. Dies gilt sowohl für die Sach- als auch für die
628 Personalausstattung.

629 Wir wollen soziale Frühwarnsysteme in den Städten und Gemeinden entwickeln, um
630 Risiken für die Kindererziehung rechtzeitig zu erkennen.

631 Mit dem Förderprogramm „soziale Stadt“ haben Sozialdemokraten konkrete Maß-
632 nahmen der Stadterneuerung und des Stadtumbaus eingeleitet, die fortgesetzt werden
633 müssen.

634 Gesellschaftliche Probleme zeigen sich in sozialen Brennpunkten vor Ort. Die räum-
635 liche Seite von Benachteiligung kommt in Stadtvierteln und Stadtteilen unterschiedlich

636 zum Ausdruck: wo die meisten Zuwanderer leben, leben die meisten Kinder und dort
637 ist auch die Armut am größten. Armut wird sichtbar und im täglichen Leben erfahrbar.
638 Öffentliche Sicherheit, Diskriminierung, Integrationsdefizite, kurzum soziale Problem-
639 lagen werden in den Kommunen konkret.

640 Vor allem in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen sind Formen des Quar-
641 tiersmanagements zu entwickeln. Unter Beteiligung und Forderung der Betroffenen
642 werden gemeinsame Maßnahmen umgesetzt, die den sozialen Zusammenhalt fördern.

643 Angefangen von stadtteilbezogenen Infrastruktureinrichtungen (Nachbarschaftsläden,
644 Selbsthilfekontaktstellen, Stadtteilzentren) über die Organisation informeller Begeg-
645 nungsmöglichkeiten (Elterncafés, Seniorenhilfen, etc.), der Schaffung von „Frühwarn-
646 systemen“ bis zu fachübergreifenden Integrationskonzepten gibt es eine Vielzahl von
647 Ansatzpunkten wie der vorbeugende Sozialstaat praktisch werden kann. Und dennoch
648 gilt: Auch wenn die Herausforderungen ähnlich sind, müssen die Antworten orts-
649 spezifisch gefunden werden.

650

651 **2.4 ...ist weltoffen und tolerant**

652

653 Integrationserfolge und –misserfolge werden in unseren Städten und Gemeinden sicht-
654 bar. Kommunen leisten einen wichtigen Beitrag, damit Integration gelingen kann.

655 Erfolgreiche Städte und Gemeinden zeichnen sich durch Weltoffenheit und Toleranz
656 aus. Zuwanderer tragen auch zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Kom-
657 munen bei. Angesichts der demografischen Veränderungen werden Städte und Ge-
658 meinden auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten auf Zuwanderung angewiesen
659 sein.

660 Wir brauchen auf der kommunalen Ebene die gemeinsame Definition von Zielen der
661 Integrationspolitik und die gemeinsame Entwicklung von Handlungsschritten auf dem
662 Weg dorthin.

663 Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird vor allem in den Städten wei-
664 ter wachsen. In zehn Jahren hat jedes dritte Kind in NRW einen Migrationshintergrund.
665 Bereits heute leben in manchen Sozialräumen bis zu 50% Migranten. Die Zahl solcher
666 Quartiere wird weiter zunehmen.

667 Die damit verbundene Vielfalt ist eine Bereicherung des städtischen Lebens, für die
668 offensiv geworben werden muss. Gleichwohl sind damit aber auch erhebliche Pro-
669 bleme verbunden, die verstärkte Integrationsanstrengungen erfordern. Oft empfindet
670 gerade die ältere deutsche Wohnbevölkerung die Konfrontation mit fremden Kulturen
671 und Sprachen eher als Bedrohung, nicht als Bereicherung.

672 Kommunalpolitik sollte fachübergreifende Integrationskonzepte entwickeln, bei denen
673 das Zusammenwirken der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteure,
674 der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen, der ehrenamtlichen Organisationen, der Ver-
675 braucherverbände, der örtlichen Wirtschaft, der Bildungsträger etc. moderiert und ko-
676 ordiniert wird.

677 Einer der Bausteine guter Integrationspolitik besteht in besseren Beteiligungs-
678 möglichkeiten von Migranten an der Stadtpolitik. Wir wollen eine kommunale Inte-
679 grationspolitik, die Voraussetzungen für gesellschaftliches Miteinander und die Akzep-
680 tanz im Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergrün-
681 den ermöglicht. Dies erfordert eine Definition von Zielen der Integrationspolitik in den
682 Kommunen, deren Einhaltung abgesichert wird und von beiden Seiten gleichermaßen
683 mit Verbindlichkeit verfolgt wird, z.B. Erhöhung der AbiturientInnenquote, der abge-
684 schlossenen Ausbildungsverträge etc.

685 Wir erwarten allerdings von Einwanderern, dass sie sich auch aktiv an unserem gesell-
686 schaftlichen Leben beteiligen und ihren Beitrag zur Integration leisten. MigrantInnen
687 müssen nicht nur in ihrem direkten Lebensumfeld („Community“), sondern in der Kom-
688 mune Verantwortung übernehmen können und übernehmen wollen – sei es in Politik
689 und Verwaltung oder im Ehrenamt.

690 Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, Diskriminie-
691 rung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Formen zu bekämpfen.

692 Integration funktioniert nicht automatisch, wie viele lange gehofft und geglaubt haben.

693 Einer der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Voraussetzung für Integration
694 ist die Sprachförderung.

695 Insgesamt ist es wichtig, dass sich die städtischen Angebote im sozialen, kulturellen,
696 sportlichen oder gesundheitlichen Bereich auf die gezielte Integration von Migrantinnen
697 und Migranten ausrichten.

698

699 **2.5bietet Wohnraum zum Leben**

700

701 Nach wie vor kommt der sozialen Wohnraumförderung eine große Bedeutung zu. Vor
702 diesem Hintergrund ist der Verkauf der landeseigenen Wohnungsgesellschaft durch
703 das Land abzulehnen, weil sich damit das Land aus seiner Verpflichtung zur Schaffung
704 preiswerten Wohnraumes für schwächere Einkommensschichten entzieht. Ebenso
705 birgt der Verkauf großer Wohnungsbestände an Fonds aus privatem Beteiligungskapi-
706 tal (Private Equity) hohe Risiken für die Mieter und die Sozialstruktur.

707 Auf der einen Seite sind die kommunalen Wohnungsunternehmen gehalten, die eige-
708 nen Verbrauchskosten an ihrem Gebäudebestand und die ihrer Mieter durch Energie-
709 management und wärmetechnische Verbesserungen an Gebäuden zu senken. Auf der
710 anderen Seite müssen Anreize für private Vermieter von Wohnraum geschaffen wer-
711 den, in die energetische Gebäudesanierung zu investieren.

712 Die Einführung der Energieausweise für Wohngebäude stellt mehr Transparenz am
713 Wohnungsmarkt her. Auch über einen „ökologischen Mietspiegel“ kann ein Merkmal
714 für die Bestimmung der Angemessenheit der Miethöhe gebildet werden. Ebenso muss
715 für die Bestimmung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft für Langzeit-
716 arbeitslose die energetische Beschaffenheit einer Wohnung ihren Niederschlag finden.
717 Wir begrüßen die Überlegungen, bei der Berechnung des Wohngeldes künftig die
718 „Warmmiete“ zur Grundlage zu machen.

719 Der Wohnraumversorgung kommt aber auch angesichts der veränderten Alters-
720 strukturen in der Bevölkerung große Bedeutung zu. Insbesondere die wachsende An-
721 zahl von Haushalten mit älteren Menschen und ihren Wünschen, gemeinsam in Wohn-
722 gemeinschaften zu leben, stellt neue Aufgaben für die Wohnungswirtschaft dar.

723 Als allgemeines Lebensrisiko ist „Pflegebedürftigkeit“ ein „Normalfall“ menschlichen
724 Lebens und bedarf daher der systematischen Berücksichtigung in der Stadtent-
725 wicklung und Wohnraumversorgung (barrierefreies Wohnen, Wohnen mit Service,
726 Neue Wohnformen).

727

728 **2.6 ... gestaltet den Bevölkerungswandel**

729

730 Auch in der Vergangenheit haben sich die Kommunen querschnittsorientiert mit Fra-
731 gen der Veränderungen der Bevölkerungsstruktur im Rahmen ihrer integrierten Stadt-
732 entwicklungsplanung befasst. Umfang und Tiefe der Veränderungen der Bevölke-
733 rungsstruktur geben dem demografischen Wandel einen besonderen Stellenwert.

734 Demografischer Wandel bedeutet aber keineswegs nur Risiken, sondern auch Chan-
735 cen für eine vorsorgende Sozialpolitik, die wir nutzen wollen. Die Feststellung „weni-
736 ger, älter, bunter“ muss konkret auf die jeweilige Situation vor Ort übersetzt werden
737 und in einer eigenständigen Analyse mit Handlungsschritten versehen werden (lokale
738 Masterpläne Demografie).

739 „Demografietrainings“ für politische Entscheider können zur Bewältigung der Heraus-
740 forderungen des demografischen Wandels ebenso hilfreich sein, wie Handlungskon-
741 zepte, die den Anpassungsbedarf konkret erfassen, um Segregation (Entmischung
742 nach sozialen Gruppen oder Merkmalen) frühzeitig zu erkennen und zu beeinflussen.

743 Wir wollen, dass sich die Stadt der Zukunft der demografischen Entwicklung stellt und
744 älteren Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Wir wollen
745 die Älteren motivieren, ihre Kompetenzen und Erfahrungen für die Menschen in unse-
746 ren Städten und Gemeinden einzubringen.

747 Kommunale Seniorenpolitik muss sich an neuen Altersbildern ausrichten und die Be-
748 darfe der „Rentengeneration“ mit ihren unterschiedlichen Zielgruppen differenziert
749 berücksichtigen. Ein entsprechend vielfältiges, zeitgemäßes und qualifiziertes Ange-
750 bot soll die Selbständigkeit der älteren Generation erhalten und fördern.

751 Wir werden dafür Sorge tragen, dass die kommunale Infrastruktur den Bedürfnissen
752 alter und behinderter Menschen angepasst wird. Der altersgerechte Umbau von Wohn-
753 raum und ein bedarfsorientiertes Angebot ambulanter und (teil)stationären Hilfen zäh-
754 len hierzu ebenso wie die Umnutzung öffentlicher Einrichtungen und die Mobilisierung
755 der Kompetenzen und Erfahrungen nicht mehr berufstätiger Menschen im Rahmen
756 ehrenamtlicher Tätigkeiten.

757 Pflegebedürftigen Menschen werden wir die Möglichkeit eröffnen, möglichst lange und
758 möglichst selbstständig in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben und zu leben.

759 Hieraus ergeben sich nicht nur Herausforderungen für die pflegerischen und Pflegeer-
760 gänzenden und –unterstützenden Angebote, sondern auch hinsichtlich der Anpassung
761 der Wohnquartiere an die entsprechenden Bedarfslagen.

762 Die damit verbundenen Problemstellungen sollen zur Regelaufgabe der kommunalen
763 Sozialplanung und Stadtentwicklungsplanung werden.

764

765 *Dafür steht die SPD in NRW*

766

- 767 ➤ **Der vorsorgende Sozialstaat muss ein Leitprinzip sozialdemokratischer**
768 **Kommunalpolitik sein. Wir wollen eine querschnittsorientierte Kommunalpo-**
769 **litik, die das reine Ressortdenken überwindet.**
- 770 ➤ **Kommunale Sozialplanung muss noch deutlicher an Integration und Vernet-**
771 **zung orientiert sein.**
- 772 ➤ **Bürgerschaftliches Engagement soll gefördert und die Eigenkräfte der Be-**
773 **troffenen sollen gestärkt werden. Bürgerschaftliches Engagement fördern wir**
774 **als Ergänzung, nicht als Ersatz für sozialstaatliche Verantwortung.**
- 775 ➤ **Armutsbekämpfung muss integraler Bestandteil kommunaler Sozialpolitik**
776 **sein. Kinderarmut muss durch passgenaue lokale Konzepte bekämpft wer-**
777 **den. Hilfen für Eltern, Hausbesuche durch Jugendamt und Schule, die Ver-**
778 **netzung zwischen Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Sozialämtern,**
779 **Familiengerichten und Polizei müssen so organisiert werden, dass ein guter**
780 **Informationsaustausch gewährleistet, Hilfsprogramme synchronisiert und er-**
781 **forderlichenfalls präventiv gehandelt werden kann.**

- 782 ➤ **Es muss Formen des Quartiersmanagements vor allem in Stadtteilen mit be-**
783 **sonderen sozialen Problemlagen geben,**
- 784 ➤ **Kommunalpolitik soll fachübergreifende Integrationskonzepte unter Beteili-**
785 **gung der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteure entwi-**
786 **ckeln.**
- 787 ➤ **Kommunalpolitik soll eine integrierte, sozialräumlich ausgerichtete Fortent-**
788 **wicklung differenzierter, kleinräumig vernetzter Angebote zur häuslichen**
789 **Pflege in Stadtteilen und Wohnquartieren betreiben.**
- 790 ➤ **Die soziale Wohnraumförderung muss eine öffentliche Aufgabe bleiben, die**
791 **nicht allein dem Markt überlassen werden darf.**

792 **3. Stadt und Land – neue Allianzen für die Zukunft**

793

794 Wir wollen attraktive Städte und lebenswerte Regionen. Lebendige Städte und Ge-
795 meinden brauchen vielseitige Zentren, die Standorte von Wohnen und Leben, Wirt-
796 schaft, Arbeit und Handel sind.

797 Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Landes ist
798 ein grundgesetzlicher Auftrag, zu dem wir Sozialdemokraten uns bekennen. Die Jahr-
799 zehnte des Infrastrukturausbaus haben diesen Auftrag weitgehend erfüllt. Heute geht
800 es um die Schaffung von Lebensbedingungen, die Chancengleichheit für Einzelne und
801 Solidarität in und zwischen den Regionen fördert.

802 Trotz unterschiedlicher Siedlungsstrukturen in NRW haben wir den klassischen Ge-
803 gensatz von Stadt und Land überwunden. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land
804 sind in der Sozialstruktur, Lebensstilen, Bildung und Kultur kaum noch wahrzunehmen.
805 Allerdings bestehen weiterhin Differenzen, die jeweils eigene Strategien erfordern:
806 Beispielsweise stehen die Städte vor deutlich größeren sozialpolitischen Herausforde-
807 rungen während in Bereichen wie Mobilität, Nutzung von Informationstechnologien,
808 Ausbildungs- und Arbeitsplatzangeboten vor allem für Frauen Nachholbedarfe kleine-
809 rer und mittelgroßer Kommunen bestehen.

810 Die Schaffung guter Lebensqualität erfordert kommunal und regional flexible Lösun-
811 gen, bei denen neue Dienstleistungen entstehen und neue Technologien eine Rolle
812 spielen.

813 Es wächst die Einsicht, dass Stadtregionen und Verdichtungsräume als regionale
814 Wachstumsmotoren neue Formen der Zusammenarbeit benötigen. Deshalb sollte Fra-
815 gen der regionalen Zusammenarbeit größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es
816 kommt darauf an, Klarheit darüber zu schaffen, welche Anforderungen auf Stadtregio-
817 nen und regionale Kooperationen zukommen, um im europäischen Wettbewerb der
818 Regionen bestehen zu können und Synergien durch regionale Kooperation zu errei-
819 chen.

820 Die Entwicklungsdynamik von Wirtschaft und Bevölkerung wird künftig in den einzel-
821 nen Regionen sehr unterschiedlich ausfallen. Regionen mit schwacher Wirtschaftskraft
822 und sinkenden Bevölkerungszahlen stehen Wachstumsregionen mit verstärkten Zu-
823 zügen gegenüber.

824 So droht in Regionen mit zu wenigen Arbeitsplätzen die Abwanderung insbesondere
825 der jüngeren Bevölkerung, die für sich dort keine Perspektiven mehr sieht. Bevölke-
826 rungsrückgänge, besonders hohe Anteile älterer Menschen, Wohnungsleerstände,
827 unterausgelastete kommunale Infrastruktureinrichtungen, Schulschließungen und Bra-
828 chen gehören dort zum Bild.

829 Vor allem in Regionen mit sinkenden Bevölkerungszahlen brauchen wir neue städte-
830 bauliche Konzepte für die Innenentwicklung unserer Städte und Gemeinden. Wenn
831 Städte und Gemeinden lebenswert bleiben sollen, benötigen wir Ideen für die Wieder-

- 832 Nutzung brach gefallener Gebäude und Flächen, mit denen wir neue Qualitäten und
833 Perspektiven schaffen. Wichtig ist dabei, Nahversorgungszentren und Orte der Begeg-
834 nung in unseren Stadtteilen, Quartieren und Dörfern zu erhalten oder neue Angebote
835 zu schaffen.
- 836 Wir benötigen Zukunftskonzepte, wie solche Schrumpfungsprozesse aktiv bewältigt
837 und Chancen der Umgestaltung genutzt werden können.
- 838 In Wachstumsregionen dagegen drohen u. a. Wohnungsmarktengpässe, Integrations-
839 probleme und eine zunehmende soziale Spaltung der Bevölkerung mit der Gefahr, den
840 sozialen Zusammenhalt aufzulösen. Dies stellt die Kommunalpolitik vor die dauerhafte
841 Aufgabe, diesen Prozessen entgegenzusteuern.
- 842 Die Gleichzeitigkeit und das direkte Nebeneinander von Wachstums- und Schrump-
843 fungsprozessen schaffen in den einzelnen Regionen, Kreisen, Städten und Gemein-
844 den jeweils einzigartige Problemkonstellationen. Städte und Gemeinden müssen des-
845 halb gemeinsam mit ihren Nachbarn eigene Antworten auf die Herausforderungen in
846 ihrer Region suchen und neue Konzepte für die Zukunft ihrer Region entwickeln.
- 847 Die Konzentration immer größerer Handelseinrichtungen in den Stadtzentren und auf
848 der „grünen Wiese“ beeinträchtigt die Vielfalt der Zentren und bedroht die Versor-
849 gungsqualität in den peripheren Regionen.
- 850 Die Stadt-Umland-Wanderungen befördern den Flächenverbrauch und produzieren
851 Verkehr.
- 852 Die einseitige Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik auf große Subventionsempfänger
853 verhindert die Förderung ländlicher Regionen und ihrer Infrastruktur.
- 854 Der demografische Wandel stellt neue Herausforderungen für die Stadtentwicklung dar
855 (s. Kap. 2.6).
- 856 Wir wollen attraktive Städte und lebenswerte Regionen.
- 857 Deshalb brauchen wir neben einer Stadtentwicklungspolitik zur Förderung von Infra-
858 struktur, Handel und Verkehr auch eine Unterstützung der regionalen und interkom-
859 munalen Zusammenarbeit.
- 860 Wichtige Aufgabenfelder der Stadtentwicklung liegen in der Herausbildung und Erhal-
861 tung identitätsbildender Zentren mit einem funktionierenden Einzelhandel, in der Be-
862 wahrung historischer Bauwerke, in der Orientierung auf eine qualitätsschaffende Bau-
863 kultur, der Stärkung der Innenstädte als Wohnstandorte und einer stadtverträglichen
864 Verkehrsentwicklung.
- 865 In „schrumpfenden“ Städten und Gemeinden mit sinkender Bevölkerungszahl müssen
866 wir uns der Aufgabe stellen, die Infrastruktureinrichtungen anzupassen. Dieses kann
867 Schließungen, den Rückbau technischer Anlagen oder auch den Abriss von Wohnun-
868 gen bedeuten.
- 869 Mit den Stadtumbauprogrammen haben Sozialdemokraten in den vergangenen Jahr-
870 zehnten die Modernisierung vieler Städte und Gemeinden unterstützt. Dieser Weg ist
871 noch nicht abgeschlossen.
- 872 Alte Aufgaben stellen sich neu: Die „Stadt der Kinder und Familien“ ist als stadtpoliti-
873 sches Ziel offensiv anzugehen, neue Lebensstile und Haushaltstypen sind zu berück-
874 sichtigen.
- 875 In der Standortpolitik müssen kommunale und regionale Stärken als Innovations-
876 motoren ausgebaut werden.
- 877 Unvermeidbare Schrumpfungsprozesse müssen in gesamtstädtische Handlungs-
878 strategien durch integrierte und regional abgestimmte Entwicklungskonzepte gestaltet
879 werden.

880 Gleichermaßen muss Stadtentwicklungspolitik den ökologischen Herausforderungen
881 im Zeichen von Klimaschutz und Flächenverbrauch Rechnung tragen. Dabei werden
882 der öffentliche Personennahverkehr und die Organisation von Mobilität von wachsen-
883 der Bedeutung sein.

884 Insgesamt bleibt die Städtebauförderungspolitik für benachteiligte Stadtteile und die
885 Stärkung der Zentren ebenso notwendig wie wir eine durchgreifende Strategie für die
886 ländlichen Regionen.

887

888 *Dafür steht die SPD in NRW*

889

890 ➤ **Die Kommunen brauchen auch in Zukunft eine zeitgemäße Förderung der**
891 **Stadtentwicklung durch Bund und Land, insbesondere für benachteiligte**
892 **Stadtteile. Zu deren Stabilisierung fordern wir den Einsatz arbeitsmarktpoliti-**
893 **scher Instrumente, beispielsweise im Rahmen des „sozialen Arbeitsmark-**
894 **tes“.**

895 ➤ **Lebendige Kommunen brauchen funktionierende Zentren, die Standort für**
896 **Wirtschaft und Handel sind.**

897 ➤ **Wir brauchen eine starke regionale Zusammenarbeit der Zentren mit den um-**
898 **liegenden Städten und Gemeinden, die durch finanzielle Anreize unterstützt**
899 **wird.**

900 ➤ **Wir wollen die „Stadt der Kinder und Familien“ als stadtpolitisches Ziel of-**
901 **fensiv verfolgen.**

902 ➤ **Lebenswerte Kommunen bieten ihren Bürgerinnen und Bürgern gute Bildung**
903 **und Betreuung, tragfähige soziale Strukturen, einen guten öffentlichen Per-**
904 **sonennahverkehr und vielseitige kulturelle Angebote.**

905 ➤ **Die Kommune der Zukunft muss auf demographische Veränderungen vorbe-**
906 **reitet sein. Wir wollen unvermeidbare Schrumpfungsprozesse in gesamtstäd-**
907 **tischen Handlungsstrategien durch integrierte und regional abgestimmte**
908 **Entwicklungskonzepte gestalten.**

909 ➤ **Zukunftsfähige Städte und Gemeinden bieten jungen Familien und älteren**
910 **Menschen bezahlbaren Wohnraum in den Innenstädten und wirken der Ge-**
911 **fahr der unkontrollierten Zersiedelung entgegen.**

912 ➤ **Wir brauchen eine nachhaltige Strategie für die ländlichen Regionen, die mit**
913 **einer Neuausrichtung der europäischen Agrarförderung einhergeht.**

914 ➤ **Wir wollen die Stadtentwicklung auf die ökologischen Herausforderungen im**
915 **Zeichen von Klimaschutz und Flächenverbrauch ausrichten und fordern kon-**
916 **krete und nachvollziehbare Ziele und deren Umsetzen zur Reduktion von**
917 **Emissionen. Regionale Umweltzonen sollen diesen Weg unterstützen. Eine**
918 **Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und Mobilitätsmanage-**
919 **ment gehören ebenso dazu.**

920 ➤ **Wir wollen eine umgehende Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik,**
921 **die stärker auf die Entwicklung ländlicher Räume statt auf die Einzelförde-**
922 **rung großer landwirtschaftlicher Betriebe setzt. Dies ist auch bereits in der**
923 **laufenden Förderperiode der europäischen Agrarpolitik möglich.**

924 ➤ **Wir wollen zur Förderung der ländlichen Regionen die Chancen regenerativer**
925 **Energien (Biomasse) nutzen, ohne dabei die Flächen zur Produktion von**
926 **Nahrungsmitteln zur Disposition zu stellen.**

927

928 **4. Gute Lebensbedingungen: dafür sorgen die Gemeinden**

929 **Moderne Daseinsvorsorge ist eine kommunale Aufgabe**

930

931 Die Kommunen haben die Aufgabe, für Bürgerinnen und Bürger effizient und kosten-
932 günstig ein gleichwertiges, diskriminierungsfreies und flächendeckendes Angebot not-
933 wendiger Dienstleistungen und Güter hoher Qualität zu gewährleisten.

934 Wir Sozialdemokraten haben einen umfassenden Begriff von kommunaler Daseins-
935 vorsorge, der sich nicht nur auf die materielle Grundversorgung bezieht, sondern auch
936 die sozialen und kulturellen Aufgaben der Städte und Gemeinden umfasst. Auch die
937 Organisation von Straßenbau und Straßenreinigung, Wohnungsbau, Bauleitplanung,
938 Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kinderbetreuung, Schulträgerschaft, Rettungsdienst, Katast-
939 rophenschutz und öffentliche Sicherheit gehören zur Daseinsvorsorge.

940 Die Leistungen der kommunalen Grundversorgung müssen bezahlbar bleiben.

941 Deshalb muss die öffentliche Eigentümerstruktur gestärkt werden. wobei auch die Be-
942 wahrung und Vermehrung des öffentlichen Eigentums von besonderer Bedeutung ist.
943 Nur so kann der Einfluss auf Kernbereiche der Daseinsvorsorge sichergestellt werden.

944 Die ideologische Politik des "Privat vor Staat" gefährdet die kommunale Daseins-
945 vorsorge. Wir denken und handeln anders: Sozialdemokraten lehnen privatwirt-
946 schaftliches Engagement nicht ab, aber die öffentliche Verantwortung für die Daseins-
947 vorsorge muss gesichert bleiben. Für uns sind Städte, Kreise und Gemeinden mehr als
948 Standorte privatisierter Ver- und Entsorgungskonzerne, kommerzialisierter Sport- und
949 Freizeiteinrichtungen und sozialgewerblicher Einrichtungen.

950 Dies wird besonders deutlich bei der Versorgung mit Energie und dem wichtigsten Le-
951 bensmittel Wasser, im öffentlichen Personennahverkehr, bei der Entsorgung von Ab-
952 fall und Abwasser und im Gesundheitsbereich.

953 Die Versorgung mit preiswertem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung
954 bleibt angesichts des demografischen Wandels eine Aufgabe der kommunalen Woh-
955 nungswirtschaft. Projekte der Stadtentwicklung und Stadterneuerung können häufig
956 nur mit öffentlichen Unternehmen umgesetzt werden. Deshalb sind kommunale Woh-
957 nungsunternehmen, unverzichtbar. Dabei hat auch der genossenschaftliche getragene
958 Wohnungsbau seinen Platz.

959 Das öffentliche Sparkassenwesen gewährleistet die Versorgung der Verbraucherinnen
960 und Verbraucher sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen und des
961 Handwerks mit Krediten. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen müssen erhalten blei-
962 ben. Pläne, die Sparkassen für privates Kapital zu öffnen, sind mit dem öffentlichen
963 Auftrag nicht zu vereinbaren und schwächen unsere Volkswirtschaft.

964 Kommunale Unternehmen sichern Arbeitsplätze, schaffen überdurchschnittlich viele
965 Ausbildungsplätze und sind verlässliche Partner von Handwerk und Mittelstand. Öff-
966 entliche Daseinsvorsorge mit hoher Qualität und zu bezahlbaren Preisen ist ein wich-
967 tiger Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitnehmer. Sie sind im regionalen und
968 internationalen Standortwettbewerb von Bedeutung.

969 Kommunale Selbstverwaltung umfasst das Recht und die Freiheit zur wirtschaftlichen
970 Betätigung. Ohne kommunale Unternehmen ist die Handlungsfähigkeit der Kommunen
971 gefährdet. Kommunale Unternehmen dürfen nicht diskriminiert werden. Es muss
972 Chancengleichheit im Interesse einer kostengünstigen Aufgabenerfüllung bestehen.
973 Die Kommunen müssen die Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen selbst zu beein-
974 flussen. Sie dürfen nicht ausschließlich von staatlichen Zuweisungen abhängig sein.

975 Erfolgreiche kommunale Unternehmen erwirtschaften Erträge für die örtliche Gemein-
976 schaft und schütten eine soziale Dividende aus. Vereins- und Kulturförderung, umwelt-
977 schonender Verkehr, Klimaschutz, Unterstützung des Breitensports und zahlreiche

978 soziale Förderungen werden daraus finanziert. Von unseren politischen Vertreter/innen
979 in den Aufsichtsgremien erwarten wir, dass sie sich für eine verbraucherpolitische Vor-
980 bildfunktion der kommunalen Unternehmen einsetzen.

981 Die Menschen vor Ort erwarten, dass die Kommunen Verantwortung für die Daseins-
982 vorsorge behalten und diese aktiv gestalten. Die Daseinsvorsorge darf nicht von priva-
983 ten Gewinninteressen bestimmt werden. Vielmehr müssen kommunale Unternehmen
984 so gestärkt werden, dass sie in wirksame Konkurrenz zu privaten Monopolen und Oli-
985 gopolen treten können. Hierin unterscheiden sich Sozialdemokraten von Vertretern
986 neoliberaler Ansätze.

987 Da die öffentliche Daseinsvorsorge der Grundversorgung und der Sicherung der Le-
988 bensqualität der Menschen in den Städten, Gemeinden und Kreisen dient, dürfen ele-
989 mentare Bedürfnisse, Güter und Dienstleistungen nicht zu beliebigen Waren gemacht
990 werden, die ausschließlich Marktmechanismen unterliegen, weil damit ungerechte und
991 unsoziale Folgen verbunden sind.

992 Städte, Gemeinden und Kreise sollen im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung
993 eigenverantwortlich darüber entscheiden können, ob und wie sie öffentliche Dienstleis-
994 tungen entweder selbst erbringen, ein kommunales Unternehmen damit betrauen, eine
995 institutionelle oder vertragliche Öffentlich - Private - Partnerschaft eingehen oder sie an
996 private Unternehmen vergeben möchten.

997 Vielfalt und Qualität der Leistungen, die kommunale Unternehmen in den verschiede-
998 nen Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge erbringen, zeigen, wie wichtig die Ent-
999 scheidungsfreiheit der Kommunen ist.

1000 Bei Veräußerungen von kommunalem Vermögen muss der kurzfristige Erlös und der
1001 langfristige Verlust von Handlungs- und Einnahmemöglichkeiten sorgfältig gegenein-
1002 ander abgewogen werden. Einen Zwang zur Vermögensveräußerung lehnen wir ab.

1003 Die kommunalfeindliche Änderung der Gemeindeordnung in NRW durch die schwarz-
1004 gelbe Landesregierung gefährdet die kommunale Daseinsvorsorge. Der grundsätzliche
1005 Vorrang der Privatwirtschaft vor der Kommunalwirtschaft entspringt ideologischen
1006 Mustern, ist nicht pragmatisch und stellt nicht die Interessen der Menschen in den Mit-
1007 telpunkt der Politik

1008 Kommunale Unternehmen dürfen nicht diskriminiert werden. Sie müssen unter fairen
1009 Bedingungen am Wettbewerb teilnehmen können. Deshalb werden wir die Änderun-
1010 gen im Gemeindefirtschaftsrecht rückgängig machen.

1011 Wir wollen Chancengleichheit für die Kommunalwirtschaft in NRW und in der Bundes-
1012 republik. Es darf nicht sein, dass kommunale Unternehmen innerhalb Deutschlands
1013 durch unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen untereinander und gegenüber
1014 der Privatwirtschaft benachteiligt werden.

1015 Deshalb setzt sich die SPD in Nordrhein-Westfalen dafür ein, dass der steuerliche
1016 Querverbund erhalten und die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen europa-
1017 rechtlich abgesichert wird. Hoheitliche Aufgabenerfüllungen durch die Kommunen im
1018 Bereich der Abfall- und Abwasserentsorgung müssen im Interesse der Bürgerinnen
1019 und Bürger steuerbefreit bleiben. Eine Umsatzsteuer auf die Abfall- und Abwasser-
1020 gebühr bringt den Bürgerinnen und Bürgern keine Mehrleistung, sondern nur eine
1021 Mehrbelastung.

1022

1023 *Dafür steht die SPD in NRW*

1024

1025 ➤ **Wir Sozialdemokraten haben einen umfassenden Begriff von kommunaler**
1026 **Daseinsvorsorge, der sich nicht nur auf die materielle Grundversorgung be-**

- 1027 zieht, sondern auch die sozialen und kulturellen Aufgaben der Städte und
1028 Gemeinden umfasst.
- 1029 ➤ Die ideologische Politik des "Privat vor Staat" gefährdet die kommunale Da-
1030 seinsvorsorge. Sozialdemokraten lehnen privatwirtschaftliches Engagement
1031 nicht ab, aber die öffentliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge muss
1032 gesichert bleiben.
- 1033 ➤ Kommunale Unternehmen dürfen nicht diskriminiert werden, deshalb müs-
1034 sen die Änderungen im Gemeindewirtschaftsrecht rückgängig gemacht wer-
1035 den.
- 1036 ➤ Die Strukturen der öffentlich-rechtlichen Sparkassen müssen erhalten blei-
1037 ben. Pläne, die Sparkassen für privates Kapital zu öffnen, sind mit dem öf-
1038 fentlichen Auftrag nicht zu vereinbaren.
- 1039 ➤ Kommunale Wohnungsunternehmen sichern die Versorgung der Bevölke-
1040 rung mit preiswertem Wohnraum und nehmen wichtige Aufgaben der Stadt-
1041 entwicklung wahr.

1042

1043 5. Die Finanzkraft der Kommunen stärken!

1044

1045 Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist in hohem Maße von den finanziellen Spiel-
1046 räumen, die vor Ort bestehen, abhängig. Selbst bei günstigen wirtschaftlichen Rah-
1047 menbedingungen sind viele Kommunen nicht mehr in der Lage, ihre strukturellen Defi-
1048 zite auszugleichen.

1049 Das anhaltend hohe Niveau der Kassenkredite ist dafür ein eindrucksvoller Beleg. Es
1050 besteht gleichzeitig ein erheblicher Investitionsbedarf in die Infrastruktur.

1051 Die schwarz-gelbe Landesregierung spart nicht im Bereich ihrer eigenen Zuständigkeit,
1052 sondern entlastet sich auf Kosten der Kommunen. Sie entzieht ihnen die Beteiligung
1053 an der Grunderwerbssteuer. Sie verdoppelt die Finanzlasten bei den Krankenhäusern

1054 Wesentliche Teile der Landesverwaltung werden kommunalisiert, ohne die Kosten
1055 nach dem Konnexitätsprinzip zu übertragen, wie dies am Beispiel der Umwelt-
1056 verwaltung und der Versorgungsverwaltung deutlich geworden ist. Die SPD in Nord-
1057 rhein-Westfalen steht zum verfassungsrechtlich festgelegten Grundsatz der Konnexität
1058 und fordert dessen strikte Einhaltung.

1059 Der SPD in der Bundesregierung und im Bundestag hat für den Erhalt der Gewerbe-
1060 steuer gesorgt. Trotz konjunkturell bedingter Mehreinnahmen arbeiten zahlreiche
1061 Kommunen notgedrungen mit Haushaltssicherungskonzepten oder befinden sich im
1062 Nothaushaltsrecht. Dies zeigt, dass eine dynamische Fortentwicklung der Gewerbe-
1063 steuer erforderlich ist.

1064 Größeren finanziellen Handlungsspielraum können die Kommunen gewinnen, wenn
1065 die Finanzmittel zwischen den staatlichen Ebenen neu verteilt und zwischen den
1066 Kommunen sachgerecht ausgeglichen werden.

1067 Die NRWSPD unterstützt die Forderung der Kommunalen Spitzenverbände, die Städte
1068 und Gemeinden mit Nothaushalten vom Eigenanteil beim Wettbewerb zur Vergabe von
1069 Fördermitteln zu befreien.

1070 Der Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, dass sich das Land auch beim Solidarpakt
1071 auf Kosten der Kommunen entlastet hat. Sämtliche überzahlten Beträge müssen den
1072 Kommunen sofort zurückerstattet werden. Die Verteilungsregelung zwischen Land und
1073 Kommunen muss so verändert werden, dass es nicht mehr zu Überzahlungen der
1074 Kommunen kommt.

- 1075 Darüber hinaus fordern wir eine Neuausrichtung des Solidarpaktes, der sich nicht
1076 „nach Himmelsrichtung“, sondern nachvollziehbaren Strukturkriterien orientiert muss.
- 1077 Die Verteilung von Pflichten und Lasten im öffentlichen Bereich bedarf einer Über-
1078 prüfung. Beispielsweise führt die Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter zu
1079 höheren Ausgaben vor Ort, für die es keine Kompensation gibt. Im Bereich des Wohn-
1080 geldes hat zwar die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften abgenommen, aber die Aus-
1081 gaben für die Bedarfsgemeinschaften sind gestiegen. Hierdurch werden die Kommu-
1082 nen belastet.
- 1083 Wegen der unzureichenden Finanzausstattung muss die starre Einteilung in Pflicht-
1084 aufgaben und freiwilligen Aufgaben der Gemeinden überprüft werden. Diese Unter-
1085 scheidung ist zumindest in den Bereichen fragwürdig, in denen strukturschwache Ge-
1086 meinden auf präventive Ausgaben verzichten müssen, die das Entstehen wesentlich
1087 höherer Kosten im Bereich der Pflichtaufgaben verhindern würden.
- 1088 Für die SPD in Nordrhein-Westfalen ist die Solidarität in der kommunalen Familie un-
1089 verzichtbar. Deshalb muss der kommunale Finanzausgleich die unterschiedlichen
1090 strukturellen Voraussetzungen in den Gebietskörperschaften berücksichtigen.
- 1091 Die Landesregierung hat die Handlungsfreiheit der Kommunen im Bereich der Kom-
1092 munalwirtschaft massiv beeinträchtigt. Auch aus finanzpolitischer Sicht muss die Wett-
1093 bewerbsfähigkeit der Kommunalwirtschaft wiederhergestellt werden.
- 1094 Die kommunale Selbstverwaltung ist in der Verfassung verankert. Schon deshalb darf
1095 eine angespannte finanzielle Situation kein Alibi für Untätigkeit sein. Zur kommunalen
1096 Finanzverantwortung gehört Ausgabendisziplin. Ziel sozialdemokratischer Finanzpolitik
1097 ist es deshalb, finanzielle Mittel verantwortungsvoll einzusetzen und die Lasten für
1098 nachfolgende Generationen im Auge zu behalten. Investitionen müssen nachhaltig und
1099 konsumtive Aufwendungen effizient und wirkungsorientiert erbracht werden.
- 1100 Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, trotz enger Spielräume alle Möglich-
1101 keiten der Konsolidierung ihrer Finanzen auszuschöpfen. Modernes Finanzmanage-
1102 ment muss allerdings auch auf der kommunalen Ebene so gesichert werden, dass der
1103 Umgang mit Steuergeldern nicht spekulativ erfolgt. Der Verkauf kommunalen Eigen-
1104 tums und die Veräußerung kommunaler Beteiligungen sind allerdings in der Regel zur
1105 Konsolidierung nur dann geeignet, wenn auch die Ursachen struktureller Defizite aus-
1106 geglichen werden können. Andernfalls besteht neben dem Verlust an Steuerungs-
1107 möglichkeiten und Einfluss die Gefahr weiterer struktureller Verschlechterungen.
- 1108
- 1109 *Dafür steht die SPD in NRW*
-
- 1110
- 1111 ➤ **eine unverzügliche, vollständige und auflagenfreie Erstattung der kommunalen Finanzmittel aus dem Solidarbeitragsgesetz als Konsequenz des Verfassungsgerichtsurteils NRW,**
- 1112
- 1113
- 1114 ➤ **die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips,**
- 1115 ➤ **die Gewerbesteuer zu erhalten und weiterzuentwickeln,**
- 1116 ➤ **die Finanzkraft strukturschwacher Kommunen zu stärken,**
- 1117 ➤ **die Pflichtaufgaben auf das Notwendige zu begrenzen,**
- 1118 ➤ **die Mischfinanzierung zu überprüfen und zu reduzieren,**
- 1119 ➤ **die Zuständigkeit für die Erfüllung der Aufgaben und ihre Finanzierung eindeutig zu definieren,**
- 1120
- 1121 ➤ **klare Kriterien für die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs zu formulieren,**
- 1122

- 1123 ➤ **eine Gemeindefinanzreform auf der Ebene des Bundes,**
1124 ➤ **die Rücknahme der kommunalfeindlichen finanzpolitischen Entscheidungen**
1125 **des Landes, wie die Wegnahme des kommunalen Anteils an der Grunder-**
1126 **werbssteuer und die Verdopplung der Krankenhauspauschale,**
1127 ➤ **eine Ergänzung des Solidarpaktes, der die besondere Situation von Städten**
1128 **und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit erheblichen Strukturproblemen**
1129 **einbezieht,**
1130 ➤ **einen verlässlichen und auskömmlichen kommunalen Finanzausgleich für**
1131 **unsere Städte und Gemeinden.**

1132

1133 **6. Gute Arbeit – Wirtschaftspolitik in Kommunen und Regionen**

1134

1135 Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung beruflicher Pers-
1136 spektiven für junge Menschen bleibt für die SPD in Nordrhein-Westfalen eine heraus-
1137 ragende politische Aufgabe. Dies gilt sowohl für städtisch geprägte Ballungsräume als
1138 auch für den ländlichen Bereich.

1139 Nordrhein-Westfalen hat wirtschaftlich attraktive Regionen mit erheblichen Potentialen.
1140 Qualifizierte und hochmotivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen die
1141 Voraussetzungen für Wachstum und wirtschaftliche Erneuerung. Kleine und mittel-
1142 ständische Unternehmen bilden das Rückgrat wirtschaftlicher Prosperität und Beschäf-
1143 tigung. Gemeinsam mit Industrie, Mittelstand Handwerk und Gewerkschaften müssen
1144 vor Ort gute Bedingungen für Unternehmen und sichere Arbeitsplätze geschaffen wer-
1145 den.

1146 Die sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen gehört
1147 zu den großen Leistungen der SPD in unserem Land. Kommunale Wirtschafts- und
1148 Beschäftigungspolitik und staatliche Politik unterstützen und ergänzen sich.

1149 Neben den privaten Akteuren nehmen auch die Kommunen selbst als Arbeitgeber und
1150 große Investoren eine wichtige Rolle im Wirtschaftsgeschehen ein. Ein Abbau des ho-
1151 hen Investitionsbedarfs in die öffentliche Infrastruktur leistet wirksame Impulse für die
1152 regionale Wirtschaft. Kommunale Unternehmen sind große Arbeitgeber und stellen
1153 viele Ausbildungsplätze zur Verfügung. Eine starke Kommunalwirtschaft ist weniger
1154 Konkurrent als vielmehr Partner der Unternehmen vor Ort.

1155 Regional und örtlich vorhandene Kompetenzen sind wichtige Voraussetzungen für eine
1156 erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik. Wir werden deshalb den Technologie-
1157 transfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Betrieben unterstützen.

1158 Kommunale Wirtschaftspolitik darf nicht an den Grenzen der Gebietskörperschaften
1159 enden. Die Zusammenarbeit und die Vernetzung in den Regionen unseres Landes
1160 stärken den Wirtschaftsstandort. Die regionale Strukturpolitik, die Konzentration auf
1161 regionale Cluster und die Förderung von Kooperation und Konsens zwischen Unter-
1162 nehmen, Kammern und Gewerkschaften sind ein Markenzeichen zukunftsorientierter
1163 Wirtschaftsförderung.

1164 Industrie- und große Dienstleistungsunternehmen müssen ihre Verantwortung für die
1165 lokale Wirtschaft und den regionalen Arbeitsmarkt wahrnehmen und darin einge-
1166 bunden werden. Standortverlagerungen im europäischen Subventionswettbewerb trotz
1167 guter Rentabilität und Absatzmärkte, treffen auf unseren entschiedenen Widerstand.

1168 Arbeit und Umwelt bilden einen Zusammenhang. Hohe Umweltstandards und eine
1169 nachhaltige Wirtschaftspolitik können neue Wachstumsmärkte erschließen. Im Sinne
1170 einer aktiven Verbraucherpolitik wollen wir Verbraucher/ innen durch Bildung, Informa-

- 1171 tion und Beratung als Träger der Nachfrage stärken und damit einen fairen Wettbe-
1172 werb auf bestehenden und sich neu entwickelnden Märkten ermöglichen.
- 1173 Zu unserem Verständnis von Wirtschaftsförderung gehört auch die Unterstützung der
1174 besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch neue Arbeitszeitmodelle und die
1175 Förderung von Teilzeitangeboten für Männer und Frauen. Besondere Förderberatung
1176 und Unterstützungen für Gründerinnen, Werbung für Ausbildungsplätze in gewerblich
1177 technischen Berufen für junge Frauen, u. ä. sind nötig.
- 1178 Sozialdemokratische Wirtschaftsförderung setzt sich verstärkt für kleine und mittlere
1179 Unternehmen und Existenzgründer ein. Dies geschieht vor allem durch gezielte Grün-
1180 dungsberatung, Bestandspflege und Bestandsentwicklung, Innovationsförderung sowie
1181 die Entwicklung von Kooperationen. Leistungen der Verwaltung aus einer Hand („one-
1182 stop-agency“), Hilfen beim Standort- und Unternehmensmarketing, die Förderung von
1183 Standortgemeinschaften (z.B. Gewerbehöfe) sind Beispiel fortschrittlicher Wirtschafts-
1184 förderung, die wir unterstützen.
- 1185 Unsere Bodenvorratspolitik setzt auf modernes Flächenmanagement, das durch An-
1186 und Verkauf, Flächenrecycling und Neuerschließung gewerblicher Flächen ein mög-
1187 lichst vielfältiges Angebot für alle Formen der Nachfrage bereithält und ungerechtfertig-
1188 ten Flächenverbrauch stoppt.
- 1189 Attraktive Standorte brauchen die Nähe zu den Absatzmärkten, gute technische Infra-
1190 struktur und qualifizierte Beschäftigte. Mehr und mehr spielt im regionalen und natio-
1191 nalen Standortwettbewerb das Bildungsangebot, die kulturelle und soziale Infra-
1192 struktur, Einkaufsattraktivität und das Sportangebot eine Rolle. Die Verknüpfung von
1193 Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing muss die klassische Trennung zwischen har-
1194 ten und weichen Standortfaktoren überwinden
- 1195 Für Sozialdemokraten ist Arbeit nicht nur wirtschaftliche Existenzgrundlage. Sie ist
1196 auch Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung und das Selbstwertgefühl der
1197 Menschen. Auch wenn die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf
1198 kommunaler Ebene begrenzt sind, nehmen wir unsere lokale Verantwortung bei der
1199 Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wahr.
- 1200 Zur Förderung neuer Arbeitsplätze gehören auch solche für behinderte Menschen.
1201 Sozialdemokratische Kommunalpolitik unterstützt die Arbeit der Integrationsämter bei
1202 den Landschaftsverbänden, die die Errichtung von Arbeitsplätzen für behinderte Men-
1203 schen finanzieren und Anreize für Arbeitgeber schaffen, wie dies beispielhaft in den
1204 Integrationsfirmen in Nordrhein-Westfalen geschieht.
- 1205 Kommunaler Sachverstand muss bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit verbindlich
1206 eingebunden werden. Die lokalen und regionalen Kenntnisse über den Arbeitsmarkt
1207 und die Wirtschaftsstruktur sind für die gezielte Förderung unverzichtbar. Dabei liegt
1208 die Hauptverantwortung allerdings weiterhin bei der Bundesebene.
- 1209 Vor Ort organisierte öffentlich geförderte Arbeit kann einen Weg in den ersten Arbeits-
1210 markt ebnen. Wir verfolgen das Prinzip „Fördern und Fordern“. Allen Arbeitssuchenden
1211 soll eine Beschäftigungs- oder Ausbildungsmöglichkeit geboten werden. Zudem müs-
1212 sen die Möglichkeiten der Ausbildung und Qualifikation für Arbeitssuchende verbessert
1213 werden. Wir fordern aber auch die Mitverantwortung der Betroffenen im Einzelfall.
- 1214 Sozial notwendige und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen und
1215 -projekte müssen initiiert und durchgeführt werden, denn unser Leitbild ist die Förde-
1216 rung guter Arbeit und nicht die Alimentation von Arbeitslosigkeit. Gleichwohl halten wir
1217 die Einrichtung eines dritten Arbeitsmarktes (sozialer Arbeitsmarkt) für erforderlich, da-
1218 mit diejenigen Personen, die nur in Ausnahmefällen eine Chance zur Integration in den
1219 regulären Arbeitsmarkt haben, Beschäftigung finden.
- 1220
- 1221

1222 *Dafür steht die SPD in NRW*

1223

1224 ➤ **Kommunale Wirtschaftsförderung unterstützt die Schaffung von Arbeitsplätzen, sie sichert und verbessert die Standortbedingungen für Unternehmen und fördert die Modernisierung lokaler und regionaler Standorte.**

1227 ➤ **Wir unterstützen den Technologietransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Betrieben, fördern Existenzgründungen und kümmern uns im Rahmen von Bestandspflege und –entwicklung um die Unternehmen vor Ort.**

1231 ➤ **Standortverlagerungen im europäischen Subventionswettbewerb trotz guter Rentabilität und Absatzmärkte treffen auf unseren entschiedenen Widerstand.**

1234 ➤ **Die regionale Strukturpolitik, die Konzentration auf regionale Cluster und die Förderung von Kooperation und Konsens zwischen Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften sind ein Markenzeichen zukunftsorientierter Wirtschaftsförderung.**

1238 ➤ **Wir fördern die Erwerbstätigkeit von Frauen und unterstützen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

1240 ➤ **Wir halten die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes für einen sinnvollen Weg, um auch denjenigen, die kurz- und mittelfristig keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, eine job - Perspektive zu bieten.**

1243 ➤ **Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wollen wir die Zusammenarbeit der Agentur für Arbeit mit den lokalen Akteuren fortsetzen und verbessern. Wir sind davon überzeugt, dass die lokale Kompetenz der beiden Ebenen zu Synergieeffekten führt. Überdies steht die Verantwortung des Bundes für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit außer Zweifel.**

1248

1249 **7. Verbraucherpolitik als kommunale Aufgabe**

1250

1251 Die Veränderungen von Gesellschaft und Wirtschaft nehmen die Menschen nicht nur an ihrem Arbeitsplatz wahr, sie sind auch als Verbraucher immer wieder mit neuen Entwicklungen und Herausforderungen konfrontiert.

1254 Güter und Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand angeboten werden, Infrastrukturleistungen und die Attraktivität von Städten im Allgemeinen nehmen die Bürgerinnen und Bürger als Verbraucherinnen und Verbraucher wahr. Dabei geht es um Umfang und Qualität der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen.

1258 Verbraucherpolitik muss daher auch eine Perspektive sozialdemokratischer Kommunalpolitik sein.

1260 Aus kommunaler Sicht ist das breite Angebot von Beratungsstellen der Verbraucherzentrale NRW sinnvoll und notwendig. Deshalb tragen die Kommunen auch jeweils die Hälfte der Kosten der lokalen Verbraucherberatungsstellen. Sozialdemokraten stehen dafür ein, das Netz an bürgernahen Anlaufstellen für die Verbraucherinnen und Verbraucher flächendeckend zu sichern und auszubauen.

1265 Wir erwarten vom Land, dass es seine Kürzungen der Verbraucherberatung in NRW zurücknimmt und den Bestand der Verbraucherberatungsstellen sichert.

1267 Es gehört zum öffentlichen Auftrag der kommunalen Weiterbildungsträger durch Bildung, Information und Beratung das Verbraucherbewusstsein fördern. Dies gilt für alle

1269 Bildungsinstanzen von Kindergärten über Schulen bis hin zu Einrichtungen der außer-
1270 schulischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

1271 Die SPD will die Verbraucherpolitik auch auf der kommunalen Ebene fördern und un-
1272 terstützen. Lokale Verbraucherpolitik ist für uns auch Ausdruck von Bürgernähe.

1273

1274 *Dafür steht die SPD in NRW*

1275

1276 ➤ **Art und Umfang kommunaler Schuldnerberatung sind ein wichtiges Element,**
1277 **um die Überschuldung privater Haushalte zu reduzieren, die sich auch in den**
1278 **Ausgaben der Sozialhaushalte niederschlagen können,**

1279 ➤ **die Sicherung von Fahrgastrechten in einem leistungsfähigen öffentlichen**
1280 **Personennahverkehr,**

1281 ➤ **die technische Verschmelzung im Bereich von Rundfunk, Fernsehen und**
1282 **Telefon (Digitale Konvergenz), bei der es um Transparenz und die Sicherung**
1283 **von Mieterinteressen geht,**

1284 ➤ **Fachberatungen bei energetischer Gebäudesanierung durch die Verbrau-**
1285 **cherzentrale NRW oder kommunale Versorgungsunternehmen tragen zum**
1286 **Klimaschutz und reduzieren die Energiekosten von Mietern und Hausbesit-**
1287 **zern („zweiten Miete“),**

1288 ➤ **Vermittlung von Basiskompetenzen wie der Ernährungsbildung (gesunde**
1289 **Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen),**

1290 ➤ **die Gewährleistung einer anbieterunabhängigen Gesundheits-, Pflege- und**
1291 **Wohnanpassungsberatung, um den Menschen eine neutrale Orientierung zu**
1292 **bieten und Kosten bei den Kommunen und Sozialhilfeträgern zu sparen,**

1293 ➤ **Förderung regionaler und biologischer Produkte und ihrer Vermarktung,**

1294 ➤ **bürgernahe Dienstleistungen der Verwaltung,**

1295 ➤ **verbraucherfreundliches Verhalten von privaten und öffentlichen Unterneh-**
1296 **men.**

1297 **8. Mobilität – umweltgerecht und bürgerfreundlich**

1298

1299 Mobilität ist ein Element der Lebensqualität und eröffnet mehr Möglichkeiten, sich frei
1300 bewegen zu können. Gleichzeitig beeinträchtigen die Auswirkungen des Verkehrs die
1301 Menschen und die Umwelt.

1302 Kommunale sozialdemokratische Verkehrspolitik dient dem Ziel, allen mehr Mobilität
1303 zu ermöglichen, ohne Umwelt und Lebensqualität in den Städten zu ruinieren. Sie ist
1304 Teil der Klimaschutzpolitik auf lokaler Ebene (vgl. Kapitel 9 Umweltpolitik).

1305 Angesichts der Folgen des motorisierten Verkehrs ist Verkehrsvermeidung ein ver-
1306 kehrspolitisches Ziel. Kommunale Stadtentwicklungsplanung sollte deshalb „kurze
1307 Wege“ ermöglichen.

1308 Wir wollen die fahrradfreundliche Stadt und setzen uns für die Gleichberechtigung aller
1309 Verkehrsteilnehmer im öffentlichen Raum ein. Carsharing und ähnliche Konzepte sind
1310 zu unterstützen. Sie dienen nicht nur umweltfreundlicher Mobilität, sie entsprechen
1311 auch einem solidarischen und gemeinschaftlichen Gesellschaftsmodell. Moderne
1312 Dienstleistungen wie Bring-Services oder Ähnliches vermeiden nicht nur Autoverkehr,
1313 sondern sie ermöglichen auch Teilhabe für diejenigen, die selbst nicht oder nicht mehr
1314 mobil sein können.

- 1315 Die Zersiedelung immer weiterer Gebiete muss vermieden und Freiflächen für Umwelt
1316 und Erholung sollen nicht durch überflüssige Straßenbauprojekte zerstört werden.
- 1317 Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Verkehrsverlagerung durch weiteren Ausbau des
1318 öffentlichen Personennahverkehrs im Verbund, die Sicherung der Mobilität der Fuß-
1319 gänger und Fahrradfahrer und die Verlagerung von Güterverkehren auf umweltfreund-
1320 liche Transportmittel (Schiene und Wasserstraßen) zu fördern.
- 1321 Die Verbesserung der Verkehrssicherheit ist ein wichtiges Anliegen einer sozialen Ver-
1322 kehrspolitik. Die flächendeckende Einführung von Tempo 30 in den Städten unter Aus-
1323 nahme der Hauptverkehrsachsen und -straßen, ist deshalb ein richtiger Weg.
- 1324 Das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs wird durch Sparmaßnahmen der
1325 schwarz-gelben Landesregierung gefährdet und durch eine bürokratische Organisa-
1326 tionsveränderungen unnötig aufgebläht. Die ÖPNV-Finanzierung muss durch hinrei-
1327 chende Mittelzuweisung gesichert und durch eine rechtlich gesicherte, kommunale
1328 Querverbundsfinanzierung unterstützt werden können. Die Finanzierung von Aus-
1329 gleichleistungen für rabattierte Schüler- und Auszubildendenverkehre sowie für
1330 Schwerbehindertenfreifahrten muss gesichert werden.
- 1331 Für Instandhaltungs- und Erneuerungsarbeiten müssen ausreichend Mittel zur Verfü-
1332 gung stehen, damit die Qualität des ÖPNV nicht gefährdet wird. Er muss eine echte
1333 Alternative zur Benutzung des Autos sein und nicht auf dem Weg zur Arbeit oder zur
1334 Schule die gängigen Vorurteile (u.a. immer zu spät, ständig überfüllt, doppelte Fahrzeit
1335 als mit dem Auto) für „Umsteiger“ in kürzester Zeit bestätigen. Sozialtickets sind ein
1336 Weg, Menschen mit geringem Einkommen mehr Mobilität zu verschaffen.
- 1337 Schwerpunkte kommunaler sozialdemokratischer Verkehrspolitik sind Konzepte der
1338 Verkehrsvernetzung und des Verkehrsmanagements. Kein Verkehrsträger kann die
1339 vorhersehbaren Steigerungen des Verkehrsaufkommens allein bewältigen. Mobilität
1340 lässt sich nur durch enges Zusammenspiel unterschiedlicher Verkehrsträger sichern.

1341

1342 *Dafür steht die SPD in NRW:*

1343

- 1344 ➤ **Wir wollen den Menschen Mobilität ermöglichen, den erforderlichen Waren-**
1345 **austausch sichern und dennoch die Umweltbelastungen reduzieren.**
- 1346 ➤ **Um allen vergleichbare Möglichkeiten zur Mobilität zu verschaffen, wollen wir**
1347 **die Einführung von Sozialtickets für Menschen mit geringeren Einkommen**
1348 **ermöglichen.**
- 1349 ➤ **Die Kooperation der Verkehrsträger ist durch regionale und lokale Maßnah-**
1350 **men zu verbessern.**
- 1351 ➤ **Die Organisation des ÖPNV soll einfach und unbürokratisch sein. Nahver-**
1352 **kehrspläne müssen verbindlicher sein. Kommunen sollten Genehmigungen**
1353 **für Linienverkehre selber erteilen können. Wir sprechen uns für die Sicher-**
1354 **stellung des ÖPNV durch kommunale Verkehrsunternehmen aus und geben,**
1355 **soweit möglich, einer marktorientierten Direktvergabe den Vorzug vor einer**
1356 **europaweiten Ausschreibung**
- 1357 ➤ **Die moderne Informations- und Kommunikationstechnik ist offensiv für die**
1358 **Verbesserung des Gesamtverkehrssystems zu nutzen. Durch die Nutzung**
1359 **umweltschonender Technologien sollen vorhandene Kapazitäten effizienter**
1360 **genutzt und Engpässe beseitigen werden.**
- 1361 ➤ **Wir setzen uns für die Stadt der kurzen Wege ein, die Rücksichtnahme auf**
1362 **schwächere Verkehrsteilnehmer und eine städtische Verkehrsplanung aus**
1363 **der Perspektive der Kinder.**

- 1364 ➤ **Fahrradfreundliche Stadtplanung, Radwege und konsequente Ampel-**
 1365 **Vorrangschaltungen für den ÖPNV gehören ebenso dazu wie Park+Ride-**
 1366 **Anlagen als sinnvolle Kombinationen der verschiedenen Verkehrsträger.**
- 1367 ➤ **Ländliche Regionen sollen eine ausreichende ÖPNV-Anbindung unterein-**
 1368 **ander und an die Ballungsräume haben.**
- 1369 ➤ **Das Projekt des „Gigaliners“ muss wegen seiner negativen Auswirkungen**
 1370 **auf den städtischen Straßenverkehr und die Verkehrssicherheit eingestellt**
 1371 **werden.**
- 1372 ➤ **Eine gute Eisenbahninfrastruktur als wichtiger Standortvorteil ist zu erhalten**
 1373 **und zu fördern. Schienengüterverkehr dient neben seinen Vorteilen für die**
 1374 **Umwelt auch der Entlastung der Städte vom LKW-Verkehr.**
- 1375 ➤ **Bund und Land müssen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung um-**
 1376 **weltfreundlicher Verkehrsmittel leisten.**
- 1377 ➤ **Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Lärmschutzmaßnahmen die-**
 1378 **nen der Reduktion des Verkehrslärms. Er beeinträchtigt Lebensqualität und**
 1379 **Gesundheit vieler Bürgerinnen und Bürger.**

1380 **9. Global denken, lokal handeln: Umwelt-, Klima- und Energiepolitik**

1381

1382 Der Klimaschutz ist für die Menschheit eine außerordentlich große Herausforderung.
 1383 Es ist überfällig, endlich zu erkennen, dass Klimaschutz und Umweltschutz nicht nur
 1384 die Lebensgrundlage für Kinder und Enkelkinder bewahrt, sondern der zentrale
 1385 Schlüssel für neue Technologien und neue Arbeitsplätze am Wirtschaftsstandort
 1386 Deutschland in einer globalisierten Weltwirtschaft sind.

1387 **Energie**

1388 Es ist unsere Aufgabe, den CO₂-Ausstoss jetzt massiv zu vermindern. Der Energiebe-
 1389 darf von Gebäuden kann durch neue Fenster, Wärmedämmung, effizientere Heizungs-
 1390 anlagen erheblich vermindert werden. Energieeinspar-Investitionen sind deshalb aus-
 1391 drücklich zu fördern, um den Klimaschutz voranzubringen und um Arbeitsplätze gerade
 1392 im mittelständischen Handwerk zu sichern und zu schaffen. Hierzu gehört auch eine
 1393 umfassende und kompetente Beratung der Haus- und Gebäudeeigentümer, für die
 1394 erkennbar werden muss, dass sich Energieeinspar-Investitionen rentieren. Dieses gilt
 1395 auch für öffentliche Gebäude.

1396 Die energetische Sanierung von Gebäuden muss auch aus kommunaler Sicht stärker
 1397 gefördert werden. Dies ist ebenso aus Gründen des Klimaschutzes wie auch ange-
 1398 sichts rasant steigender Energiepreise aus sozialen Gründen nötig (zweite Miete). Ge-
 1399 rade Menschen mit geringem Einkommen profitieren hiervon, da sie vorwiegend in
 1400 älteren Wohnungen mit geringem wärmetechnischem Standard wohnen.

1401 **Integrierte Umweltpolitik**

1402 Sozialdemokratische Umweltpolitik muss sich darauf konzentrieren, vorzubeugen und
 1403 nicht nur zu reparieren. Es bedarf einer vernetzten Umweltpolitik, die alle Umweltme-
 1404 dien (Wasser, Boden, Luft) gleichzeitig im Blick hat und als ressortübergreifende Auf-
 1405 gabe verstanden wird. Für einen aktiven Klima- und Umweltschutz sind dabei die
 1406 Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen ein wichtiger Partner nach dem Leit-
 1407 satz „Global denken – lokal handeln“.

1408 Hierzu gehört auch eine nachhaltige Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs
 1409 (s. Kap. II.8)

1410 Die Wasser-/Trinkwasserversorgung, die Abfallentsorgung und die Abwasserreinigung
 1411 müssen in kommunaler Hand bleiben, weil die Kommunen seit Jahrzehnten ein ver-
 1412 lässlicher Garant für eine umweltgerechte Ver- und Entsorgung sind. Sie garantieren

1413 eine ortsnahe Grundversorgung auf der Grundlage des kommunalabgabenrechtlichen
1414 Kostendeckungsprinzips, das Gewinnstreben nicht ermöglicht, sondern unter anderem
1415 durch den abgabenrechtlichen Grundsatz der Erforderlichkeit der Kosten auf eine ver-
1416 trägliche Kosten- und Gebührenentwicklung im Rahmen der Gesetze ausgerichtet ist.

1417 **Abfall**

1418 Im Bereich der Abfallentsorgung ist durch die europa- und bundesrechtlich getrennte
1419 Entsorgung von Restmüll, Altpapier, Bioabfall und Elektroaltgeräten ein hohes Maß an
1420 Schonung der natürlichen Rohstoffreserven erreicht worden. Gleichwohl erfordert die
1421 Abfallentsorgung auch zukünftig z. B. hochmoderne Müllverbrennungsanlagen mit her-
1422 vorragender Abgasreinigung, weil Abfälle wegen der hohen Nachsorgekosten nicht
1423 mehr ohne Vorbehandlung auf Deponien abgelagert werden dürfen.

1424 Klimaschutz verlangt eine ortsnahe Entsorgung der Abfälle, damit unnötige Abfall-
1425 Transporte quer durch Deutschland und darüber hinaus vermieden werden („Abfalltou-
1426 rismus“).

1427 Im Lichte neuer Erkenntnisse muss die Erfassung, Sortierung und Verwertung von
1428 gebrauchten Einwegverpackungen nach der Verpackungs-Verordnung neu strukturiert
1429 werden. Die ortsnahe Erfassung der Einwegverpackungen muss durch eine Änderung
1430 der Verpackungs-Verordnung in die Hände der Städte und Gemeinden als öffentlich-
1431 rechtlicher Entsorgungsträger zurückgegeben werden, damit wieder eine klar über-
1432 schaubare sowie funktionssichere, ortsnahe Entsorgungsstruktur geschaffen wird, die
1433 die Einwohner kennen und der sie vertrauen.

1434 Dieses schließt eine weiter bestehende Verantwortung der Systembetreiber für das
1435 Duale System sowie der privaten Entsorgungswirtschaft für die Sortierung und Verwer-
1436 tung gebrauchter Einwegverpackungen nicht aus.

1437 **Abwasser**

1438 Die Abwasserentsorgung muss in öffentlicher Verantwortung der Städte und Gemein-
1439 den sowie der sondergesetzlichen Wasserverbände in NRW bleiben. In den vergange-
1440 nen Jahrzehnten war diese Trägerschaft der Garant für eine umweltgerechte und kos-
1441 tenorientierte Aufgabenerfüllung. Die enge Verknüpfung der Abwasserentsorgung mit
1442 der kommunalen Bauleit- und Entwicklungsplanung erfordert diese Struktur, die kom-
1443 petente Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bietet. Dieses gilt
1444 auch für die Dichtepfahrungen von Abwasserleitungen auf privaten Grundstücken und
1445 ihre kostengünstige Sanierung.

1446 Erforderlich ist es aber auch, europäische Vorgaben wie die EU-Wasserrahmenricht-
1447 linie zur Verbesserung der Gewässergüte im Gleichklang mit den anderen EU-Mit-
1448 gliedsstaaten umzusetzen und den in NRW über mehrere Jahrzehnte erreichten hohen
1449 Stand der Abwasserreinigung und des Gewässerschutzes nicht klein zu reden.

1450 **Luft**

1451 Luftreinhaltung ist Gesundheitsschutz. Daher müssen die Belastungen etwa durch
1452 Feinstaub (Russpartikel; PM 10) in dem von der Europäischen Union vorgegebenen
1453 Rechtsrahmen vermindert werden.

1454 Neben den Umweltzonen dient auch eine vorsorgende Bauplanung der Verbesserung
1455 der Luftqualität, in dem z. B. Frischluftschneisen in den Innenstädten nicht zugebaut
1456 werden. Auch eine verbesserte Abgasreinigung bei Hausbrandanlagen trägt zu einer
1457 Verbesserung der Luftqualität bei.

1458 Städte und Gemeinden dürfen aber bei dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden.
1459 Es ist unverzichtbar, dass auch der Bund und das Land NRW einen Rechtsrahmen
1460 schaffen, der die Kommunen vor Ort unterstützt.

1461

1462 **Lärm**

1463 Lärm kann Menschen krank machen. Lärmaktionspläne sind ein Instrument, um Lärm-
1464 belastungen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu senken. Der Bau von
1465 Lärmschutzwänden, der Einbau von Lärmschutzfenstern, die Verwendung geräusch-
1466 armer Fahrbahnbeläge sind Beispiele, die umgesetzt werden müssen. Bund und Land
1467 sind aufgefordert, Lärminderungsmaßnahmen finanziell zu fördern. Pläne zur Lärm-
1468 minderung allein lösen das Problem nicht.

1469 **Natur- und Landschaftsschutz**

1470 Der Verbrauch und der Schutz von Natur und Landschaft muss wieder eine verstärkte
1471 Rolle spielen. Der dramatische Flächenverbrauch muss gestoppt werden, Biotopver-
1472 bünde sind auszubauen, Lücken in Grüngürteln zu schließen, Fluss- und Bachläufe zu
1473 renaturieren. In den Schutz der Artenvielfalt sind auch die Kommunen eingebunden.
1474 Sowohl die Kommunen als auch die Landesplanung sind gefordert, Hochwassergefah-
1475 ren zu vermindern.

1476 Ein wichtiger Baustein ist die Sanierung und Wiedernutzbarmachung von Altlasten und
1477 Brachflächen, um die weitere Inanspruchnahme „grüner Wiesen“ zu vermeiden.

1478 Altlastensanierung und Brachflächen-Recycling sind deshalb aktiver Naturschutz, der
1479 gerade in einem dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen mit seinen vielfältigen
1480 Nutzungsansprüchen einer starken Förderung durch das Land bedarf.

1481

1482 *Dafür steht die SPD in NRW*

1483

1484 ➤ **Wir verstehen aktiven Klima- und Umweltschutz, der nicht nur repariert, son-**
1485 **dern vorsorgt und die Lebensgrundlagen für Kinder und Enkelkinder bewahrt**
1486 **als eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik. Er ist ein Schlüssel für neue**
1487 **Technologien und neue Arbeitsplätze im Konzept kommunaler Wirtschaftsför-**
1488 **derung.**

1489 ➤ **Wir wollen aktive Förderung von Energieeinspar-Investitionen in privaten und**
1490 **öffentlichen Gebäuden sowie eine Stärkung des öffentlichen Personennah-**
1491 **verkehrs zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes.**

1492 ➤ **Wir fordern die Aufgabenträgerschaft der Kommunen in zentralen Ver- und**
1493 **Entsorgungsbereichen.**

1494 ➤ **Wir wollen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftreinhaltung sowie eine**
1495 **Verminderung der Lärmbelastungen im Interessen der Betroffenen umsetzen,**

1496 ➤ **Wir setzen uns für eine deutliche Förderung der Wiedernutzbarmachung von**
1497 **Altlasten- und Brachflächen zum Schutz „grüner Wiesen“ im Interesse eines**
1498 **aktiven Naturschutzes und zur Verminderung des Flächenverbrauchs ein.**

1499 ➤ **Der Schutz von Natur und Landschaft sowie der Artenvielfalt gehören zur**
1500 **kommunalen Umweltpolitik.**

1501

1502 **10. Kulturraum Kommune**

1503

1504 Städte und Gemeinden werden wesentlich durch ihr kulturelles Profil geprägt. Ein viel-
1505 fältiges und qualitativ hochwertiges kulturelles Angebot ist ein wichtiger Faktor für die
1506 Lebensqualität einer Stadt und fördert die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt.
1507 Kulturelle Aktivitäten und Investitionen in kulturelle Infrastruktur tragen wesentlich zur
1508 nachhaltigen Entwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile bei. Den gleichberechtigten
1509 Zugang zur Kultur und zur kulturellen Bildung zu gewährleisten, ist Aufgabe sozialde-

- 1510 demokratischer Kommunalpolitik. „Kultur für alle“ und „Kultur von allen“ gehören zu unse-
1511 rem Verständnis kommunaler Kulturpolitik.
- 1512 Seit Jahren wächst die wirtschaftliche Bedeutung der Kultur. Die Kulturwirtschaft muss
1513 in die Ziele kommunaler Kulturpolitik einbezogen werden, regionale Kooperationen
1514 kommunaler Kultureinrichtungen sichern das kulturelle Angebot.
- 1515 Das Kulturangebot leistet einen wichtigen Beitrag zur Imagebildung der Städte und
1516 Gemeinden und stellt damit auch eine Verknüpfung zum Tourismus her. Kulturelle
1517 Großereignisse wie die Kulturhauptstadt 2010 prägen das Bild von einer Region wie
1518 dem Ruhrgebiet im internationalen Zusammenhang.
- 1519 Die Kulturhauptstadt 2010 bietet die einmalige Chance für das Ruhrgebiet, die gemein-
1520 same Identität erkennbar werden zu lassen und die Entwicklung zu einer Metropolregi-
1521 on zu befördern. Darüber hinaus muss sie zum Labor werden, in dem neue Formen
1522 der Zusammenarbeit, der europaweiten Vernetzung und der Zukunftsperspektiven für
1523 die Kultur entwickelt werden. Dazu gilt es nachhaltige Kulturprojekte umzusetzen, die
1524 den Strukturwandel voranbringen und der Integration der Menschen dienen, um so
1525 auch Modell für weitere Regionen in Europa sein zu können.
- 1526 Die regionale Kulturpolitik der vergangenen Jahre hat in allen Landesteilen Netzwerke
1527 entstehen lassen, die wir weiterhin unterstützen, weil sie die Zusammenarbeit der Kul-
1528 turschaffenden fördern und den Regionen neue kulturelle Impulse geben.
- 1529 Kommunale Kulturpolitik kann auch einen wesentlichen Beitrag für eine gelingende
1530 Integrationspolitik leisten. Gerade kulturelle Angebote erhöhen das Verständnis für
1531 Menschen unterschiedlicher Herkunft, fördern Kommunikation und bilden Vertrauen.
- 1532 Auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen muss Kommunalpolitik daher
1533 auch kulturpolitisch reagieren. Gleichzeitig hat die Kultur einen Eigenwert als Ausdruck
1534 künstlerischer Gestaltung und Sinnggebung für das Individuum. Kulturangebote bieten
1535 Räume zu aktivem Erleben von Kunst in all ihren Formen, zum gemeinsamen krea-
1536 tiven Schaffen, zu direkter Kommunikation frei von ökonomischen Zwängen. Kulturelle
1537 Angebote sollen den Bürgerinnen und Bürgern im Übrigen barrierefrei zur Verfügung
1538 stehen.
- 1539 Die Sicherung eines umfassenden und vielfältigen Kulturangebotes ist eine öffentliche
1540 Aufgabe. Kommerzielle Angebote sind notwendig und häufig von guter Qualität. Sie
1541 ersetzen den öffentlichen Auftrag jedoch nicht.
- 1542 Nordrhein-Westfalen verfügt über ein sehr engmaschiges Netz unterschiedlicher
1543 Kulturangebote: Museen, Theater, Musik, Bibliotheken, Volkshochschulen, die Siche-
1544 rung des historischen Erbes, sowie die freie Kulturszene und Angebote der Stadtteil-
1545 kultur sind unverzichtbare Elemente des Kulturraums Stadt.
- 1546 Kulturelle Bildung ist integraler Bestandteil der Allgemeinbildung. Bildung und Kultur
1547 gehören zusammen. Dieses Zusammenwirken muss vor Ort organisiert werden. Des-
1548 halb muss die Zusammenarbeit von Kulturschaffenden und –verantwortlichen mit
1549 Schulen (insbesondere Ganztagschulen), Einrichtungen der Jugendarbeit, Biblio-
1550 theken, aber auch in der Erwachsenenbildung unterstützt werden. Wir setzen uns ins-
1551 besondere zum Ziel, bildungsferne Schichten zu erreichen. Dies verbessert nicht nur
1552 die Möglichkeiten zur Teilhabe an kulturellen Angeboten, es sichert auch die Akzep-
1553 tanz der Kultureinrichtungen.
- 1554 Die Ausdehnung der Medienwelt eröffnet neue Chancen kultureller Betätigung, die wir
1555 fördern wollen. Die Explosion des Informationsaustausches durch die elektronischen
1556 Kommunikationstechnologien stellt eine außerordentliche Herausforderung für die
1557 kommunale Kulturpolitik dar. Die Medienwelt birgt auch Gefahren. Einer Gesellschaft
1558 mit unterschiedlichem Zugang zu Information und Wissen („Information rich“ und „In-
1559 formation poor“) kann kommunale Kulturpolitik entgegenwirken. Sozialdemokratische

1560 Kommunalpolitik wird den Tendenzen zu Isolation und Desintegration durch eigene
1561 kulturpolitische Konzepte entgegenwirken.

1562

1563 *Dafür steht die SPD in NRW*

1564

1565 ➤ **Wir wollen, dass die Kommunen Kultur als unverzichtbaren Teil der Daseins-**
1566 **vorsorge verstehen und die Grundversorgung sicherstellen. Nach den häufig**
1567 **unvermeidlichen Kürzungen der vergangenen Jahre sollen die kommunalen**
1568 **Kulturetats nach Möglichkeit stufenweise erhöht werden. Kultur schafft Ident-**
1569 **ifikation, prägt das Profil einer Region im Wettbewerb und sorgt für Arbeits-**
1570 **plätze und Einkommen.**

1571 ➤ **Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Wir wollen, dass sich die Veränderun-**
1572 **gen der Gesellschaft auch in den kulturellen Angeboten niederschlagen.**
1573 **Hierdurch kann gesellschaftlichen Fehlentwicklungen entgegengewirkt, kön-**
1574 **nen Integrationsprozesse gefördert werden.**

1575 ➤ **Wir wollen, dass der Anspruch „Kultur für alle“ endlich eingelöst wird. Dies**
1576 **betrifft den gleichberechtigten Zugang zu Kultur und kultureller Bildung**
1577 **ebenso, wie dezentrale kulturelle Angebote in den Stadtteilen und im ländli-**
1578 **chen Raum und die Möglichkeit kultureller Betätigung.**

1579 ➤ **Wir wollen regionale Zusammenarbeit fördern. Gemeinsam betriebene oder**
1580 **geförderte Kultureinrichtungen erhalten die Vielfalt kommunaler Kulturange-**
1581 **bote. Regionale Kulturpolitik und Ruhr 2010 sind Vorbilder für interkommun-**
1582 **nale Zusammenarbeit.**

1583 ➤ **Wir wollen die kulturelle Bildung als unverzichtbares Element in die kommun-**
1584 **nale Bildungslandschaft vor Ort integrieren. Dazu wollen wir die verstärkte**
1585 **Zusammenarbeit und Vernetzung von Kultur- und Bildungseinrichtungen,**
1586 **von Jugendhilfe und Sport fördern und weiterentwickeln.**

1587 ➤ **Wir wollen die kommunale Weiterbildungslandschaft so gestalten, dass sie**
1588 **für Menschen nach der Erstausbildung Chancen für eine lebensbegleitende**
1589 **Qualifikation und Bildung bietet.**

1590

1591 **11. Sport ist mehr!**

1592

1593 Der Sport spielt in den Kommunen mit seiner Vielfalt und seinen zahlreichen Bezügen
1594 zu anderen kommunalen Handlungsfeldern eine zentrale Rolle; er ist gewichtiger Be-
1595 standteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Sport ist Teil der integrierten Stadtent-
1596 wicklungspolitik und somit Teil der Bauplanungs-, Verkehrs-, Wohnungs-, Jugend-,
1597 Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Kulturpolitik. Aus diesen Schnittmengen können
1598 sich zahlreiche kooperative, wechselseitig gewinnbringende Initiativen entwickeln. Da-
1599 bei verlangt der demografische Wandel vom Sport neue Konzepte lebensbegleitenden
1600 Sporttreibens.

1601 Sport ist für die meisten Menschen Freizeitgestaltung, er trägt zum Erhalt der eigenen
1602 Gesundheit bei, entspricht dem Wunsch nach körperlicher Betätigung, Selbsterfahrung
1603 und -bestimmung. Der Sport nimmt wichtige soziale und gesellschaftliche Funktionen
1604 wahr. Ethnische, soziale und demografische Unterschiede sind selten so gut zu über-
1605 winden wie im Sport. Er hat eine dauerhafte integrative Wirkung.

1606 Sport bietet für Kinder und Jugendliche vielfältige und unverzichtbare Möglichkeiten
1607 ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Bildung. Ganztagsangebote bieten eine Chance,

1608 dass möglichst jedes Kind und jeder Jugendliche seine sportlichen und motorischen
1609 Fähigkeiten entdecken, erfahren und entfalten kann.

1610 Im Sport engagieren sich seit langem Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich für die
1611 Gesellschaft. In Nordrhein-Westfalen sind rund 550.000 Menschen in etwa 20.000
1612 Sportvereinen ehrenamtlich aktiv. Diese zentrale Ressource der Sportvereine verlangt
1613 eine zeitgemäße Ehrenamtsförderung.

1614 Neben dem Breitensport ist auch ein verantwortungsbewusst betriebener und doping-
1615 freier Leistungssport sowie der professionelle Spitzensport Bestandteil der kommunalen
1616 Sportpolitik. Durch eine verbesserte Kooperation zwischen diesen Formen des
1617 Sports, aber auch zwischen den Vereinen und den Kommunen können vorhandene
1618 Strukturen wesentlich besser genutzt werden.

1619

1620 *Dafür steht die SPD in NRW*

1621

1622 ➤ **Der hohen Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements muss eine ange-**
1623 **messene Förderung, Unterstützung und Anerkennung der im Sportsektor tä-**
1624 **tigen Menschen folgen.**

1625 ➤ **Kommunale Sportpolitik muss für die Vereine und Organisationen Hand-**
1626 **lungs- und Planungssicherheit gewährleisten. Hierzu benötigen die Sportver-**
1627 **eine sowohl materielle Unterstützung vom Land als auch von den Kommu-**
1628 **nen.**

1629 ➤ **Um allen Schülerinnen und Schülern über alle Jahrgangsstufen und Schul-**
1630 **formen hinweg ein differenziertes und qualitativ hochwertiges Sportangebot**
1631 **unterbreiten zu können, ist eine angemessene Sportinfrastruktur vorzuhal-**
1632 **ten. Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen, insbesondere im**
1633 **Ganztagsbetrieb, sind auszubauen.**

1634 ➤ **Kommunale Sportangebote richten sich nicht nur an Mitglieder von Sport-**
1635 **vereinen; ungeachtet einer Vereinsmitgliedschaft müssen Angebote und Ein-**
1636 **richtungen des Sports für alle Teile der Bevölkerung zugänglich und bezahl-**
1637 **bar sein.**

1638

1639 **Kommunalpolitik – Gute Tradition und neue Aufgabe**

1640

1641 Die Sozialdemokratie hat ihre Wurzeln in der Kommunalpolitik. Unser politischer Erfolg
1642 und die Stärke der SPD als Volkspartei, gründen in unserer Arbeit in der Kommune.
1643 Die oben skizzierten Themen zeigen, welche Handlungsfelder bearbeitet werden und
1644 welche Schritte wir unternehmen, damit dies auch morgen noch so ist.

1645

1646 Als sich vor 145 Jahren die ersten Sozialdemokraten zusammengefunden haben, war
1647 die Gestaltung des unmittelbaren Lebensraumes eines der wichtigsten politischen
1648 Ziele.

1649

1650 Wir erinnern an diese guten demokratischen Traditionen der Sozialdemokratie und
1651 unsere Aufgabe ist es, sie in neuer Zeit schöpferisch anzuwenden.

1652